



SEHEN GLEICH VERSTEHEN?

Erlebnisberichte der jungen Generation zum Besuch im Heiligen Land - Eine Reise aus Anlass von 50 Jahren diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel

VORWORT

VON MICHAEL MERTES UND DR. MICHAEL BORCHARD

Nicht selten hat man es in Deutschland in Sachen Israel mit dem Typus des autodidaktischen „Nahostverstehers“ zu tun, der schnell, vielleicht zu schnell, bereit ist, sich ein Bild von dieser überaus komplexen Weltregion zu machen. Ein israelischer Witz nimmt diese gefahrvolle Oberflächlichkeit herrlich aufs Korn: Ein Deutscher sitzt in einem Straßencafé in Tel Aviv und hämmert einen Text in seinen Laptop. Ein anderer Deutscher sieht ihn und freut sich: „Du bist in Israel, wie schön! Wann bist Du gekommen?“ – „Gestern!“ – „Und wann fährst Du wieder?“ – „Morgen!“ – „Ja, und was machst Du hier?“ – „Ich schreibe ein Buch!“ „Ach, interessant. Wie wird das Buch denn heißen?“ – „Ganz einfach: Israel – gestern, heute und morgen“.

Die 14 Stipendiatinnen und Stipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung, die nicht nur drei Tage, sondern vom 16. bis zum 22. März 2014 im Heiligen Land waren, haben sich wesentlich mehr Mühe gegeben als der Autor in dem Witz, wenngleich auch bei ihnen am Ende als Ergebnis ein Buch steht. Sie sind dazu in einen intensiven Dialog getreten mit israelischen Akademikern, mit Entscheidungsträgern in Politik und Gesellschaft, mit Israelis und mit Palästinensern. Der alles dominierende Konflikt hat dabei freilich eine große Rolle gespielt, aber wichtig war unseren Autorinnen und Autoren auch der Blick hinter diesen Schleier, auf ein ebenso verwirrendes wie faszinierendes, dynamisches und im wahrsten Sinne des Wortes „junges“ und aufregendes Land.

Die Stipendiatinnen und Stipendiaten haben mit ihren eigenen Gedanken zum deutsch-israelischen, zum europäisch-israelischen und zum christlich-jüdischen Dialog einen besonderen Beitrag zum Jahr des 50-jährigen Jubiläums der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen geschaffen: Einen sehr persönlichen Erlebnisbericht, der vor allem deshalb so wichtig ist, weil er zum einen zeigt, dass die historische Verantwortung Deutschlands für die Existenz Israels auch in der jungen Generation lebendig bleibt. Zum anderen machen die Beiträge deutlich, wie sehr die Begegnung mit Menschen in diesem Land genau das hervorbringt, was der frühere Botschafter Israels in Deutschland, Shimon Stein, immer wieder einfordert: Empathie. Nur mit diesem Gefühl und diesem Erleben, so seine These, kann die Beziehung zwischen den beiden Staaten und Gesellschaften so herausragend bleiben.

Wir freuen uns als ehemaliger und als gegenwärtiger Leiter des Büros der Stiftung in Israel, dass „unsere“ Stipendiatinnen und Stipendiaten genau hingesehen haben, mit Scharfsinn, mit wachen Augen und mit sehr viel Empathie. Bei der Lektüre der lesenswerten Beiträge wünschen wir viel Vergnügen.



INHALTSVERZEICHNIS

DEUTSCHLAND – EUROPA – ISRAEL

Magdalena Hermes: Die deutsch-israelischen Beziehungen – Ein Überblick	3
Raina Schreitz: Deutsche Nahostpolitik unter Angela Merkel – Zwischen Staatsräson und Zweistaatenlösung	6
Ludwig Schulz: Die deutsch-israelische Sicherheitspartnerschaft: Aspekte und Anmerkungen.....	8
Nadine Grzeszick: Das Israelbild der Deutschen.....	11
Martha Dudzinski: Israels Ruf in Europa	14

DER ISRAELISCH-PALÄSTINENSISCHE KONFLIKT

Leon Hanser: Die Leere reist mit zurück	17
Gregor Peter: Ausgewählte Friedensinitiativen in Israel und den palästinensischen Gebieten	19
Viktoria Kempf: Zwischen Alltag und Ausnahmezustand in Sderot: Ein Leben unter Raketenbeschuss	23
Gunter Rieck Moncayo: Hebron – die geteilte Stadt.....	25
Katrin Kampling: Die nationalreligiöse Bewegung in Israel	27

RELIGIÖSES LEBEN IN ISRAEL

Mathias Birsens: Christen in Israel: Vermittler im Nahostkonflikt oder zwischen seinen Fronten?	30
Rudolf W. Haidu: Synagogale Orgelmusik als deutsch-jüdisches Erbe	32

ISRAEL – POLITIK UND GESELLSCHAFT

Veronika Faltermeier: Das politische Engagement der jungen Generation in Israel – Interview mit Barak Hershkovitz.....	35
Martin Winkler: Israel als Einwanderungs- und Asylland - Wie bewältigt Israel den Zustrom von Neueinwanderern aus der ganzen Welt und AsylbewerberN/Flüchtlingen aus Afrika?.....	37
Patrick Jäger: Braucht Israel eine Verfassung? – Der Entstehungsprozess einer Verfassung beziehungsweise eines Verfassungsrechts aus der rechtsvergleichenden Perspektive	40



DEUTSCHLAND – EUROPA – ISRAEL

DIE DEUTSCH-ISRAELISCHEN BEZIEHUNGEN – EIN ÜBERBLICK

VON MAGDALENA HERMES

„Vor allem: Keine Normalisierung. Normale Beziehungen zwischen Deutschland und Israel sind nicht möglich und nicht angemessen“¹. Mit diesen Worten charakterisierte der israelische Schriftsteller Amos Oz in treffender Weise das besondere Verhältnis, das zwischen dem Staat Israel und Deutschland herrscht. Schicksalhaft verschlungen sind die Verbindungen zwischen Deutschen und Israelis: Zwischen Schuld und Verantwortung, Wiedergutmachung und Ver- rat, Werben und Ablehnung oszillierte eine zunächst „neurotische“² Beziehung, die jedoch mit der Zeit vorsichtig-entschiedene Schritte auf dem Weg zu einer festen, wenngleich empfindlichen Freundschaft ging.

Prägend bis heute für die deutsch-israelischen Beziehungen ist die Vielschichtigkeit der gemeinsamen Vergangenheit. Während entgegen verbreiteter antisemitischer Strömungen in Europa das kaiserzeitliche Deutschland Bürgern jüdischer Herkunft ungekannte Entfaltungs- und Aufstiegsmöglichkeiten gewährte und damit den Weg ebnete für eine symbiotische kulturelle und wirtschaftliche Blütezeit³, mussten vollständig assimilierte Deutsche wenige Jahrzehnte später erkennen, dass sie aufgrund ihrer religiösen Zugehörigkeit zum Judentum als „Fremdkörper“ im Deutschen Reich angesehen wurden. Das „Land der Dichter und Denker“ mutierte unter dem Nationalsozialismus zum Land der planmäßigen Verfolgung und Vernichtung der deutschen und europäischen jüdischen Gemeinde.

Nach den Schrecken der Shoah nahmen zahlreiche Überlebende und Juden aus aller Welt Zuflucht in das damals noch von Briten geleitete Protektorat Palästina, die 1926 von Balfour versprochene „nationale Heimstätte für das jüdische Volk“⁴, in der 1948 nach Abzug der Briten der Staat Israel ausgerufen wurde. Wenig später gründeten sich die beiden deutschen Staaten, von denen die westdeutsche Bundesrepublik unter Konrad Adenauer umgehend den Versuch unternahm, eine Brücke über die Kluft der Vergangenheit zu schlagen. Dabei waren Israel und die Bundesrepublik von ähnlich großen Schwierigkeiten der Anfangsjahre vollkommen in Anspruch genommen: Auf der einen Seite standen Aufbau und Verteidigung der staatlichen Existenz und auf der anderen Wiederaufbau und Wiedereingliederung in die Staatengemeinschaft. Daneben gab es das Paradox, das beide Länder trennte und doch wieder auf einander verwies: Deutschland als Land der Täter, Israel als Land der Opfer.

Unmittelbar nach 1945 kam in Deutschland das Verlangen auf, sich mit dem Schrecken der Vergangenheit auseinanderzusetzen und sich der Frage nach der Übernahme von Verantwortung und Wiedergutmachung zu stellen. Mit Blick auf die israelischen Empfindlichkeiten verhandelte Konrad Adenauer unter strengster Geheimhaltung 1951 mit israelischen Abgesandten über materielle Entschädigungsleistungen, bevor er sich am 27. September desselben Jahres vor der Öffentlichkeit zu Schuld und Verantwortung der Deutschen am Holocaust bekannte und daraus unmittelbar die Verpflichtung Deutschlands gegenüber dem jüdischen Volk und damit dem jüdischen Staat ableitete. Das Luxemburger Abkommen regelte 1952 Höhe und Art deutscher Wiedergutmachungsleistungen, die von weiten Teilen der israel-

1 Amos Oz, *Israel und Deutschland*, Bonn, 2005, 7.

2 Vgl. Yeshayahu A. Jelinek, *Deutschland und Israel 1945-1965. Ein neurotisches Verhältnis*, München, 2004.

3 Vgl. Frank-Lothar Kroll, *Geburt der Moderne. Politik, Gesellschaft und Kultur vor dem Ersten Weltkrieg*, Berlin, 2013.

4 Michael Wolffsohn, *Israel. Geschichte, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft*, Wiesbaden, 2007.



lischen Bevölkerung heftig kritisiert und abgelehnt wurden. Es erschien vielen, als wollte Deutschland mit solchem „Blutgeld“ die Schuld gegenüber den Opfern einlösen und sich von seiner historischen Schuld reinwaschen.

Trotz aller Widerstände war damit dennoch der Bann des Schweigens gebrochen. Das Wiedergutmachungsabkommen bedeutete für beide Länder einen existenziellen Schritt für einen Neuanfang, Israel profitierte von den umfassenden Warenlieferungen und Darlehen, die wesentlich zur Entwicklung und Modernisierung der Wirtschaft beitrugen, und Deutschland konnte auf diesem Weg beweisen, dass es nun tatsächlich ein neues, ein anderes Deutschland geworden war. Seit diesem Zeitpunkt verbinden Deutschland und Israel elementare wirtschaftliche Verflechtungen, die durch die Stürme politischer Auseinandersetzungen und zeitweiliger Entfremdungen wie ein Stabilitätsanker beide Staaten auf einem gemeinsamen Nenner vereinen.

Daneben bewegten sich beider Länder auch politisch stärker aufeinander zu: Die Zuverlässigkeit der deutschen Warenlieferungen nährten das Vertrauen, dass Deutschland auch als politischer Partner ernsthafte Absichten hegte. Die zunehmende Isolierung Israels im Nahen Osten machte Israel die Bedeutung treuer Verbündeter im Ausland deutlich. 1957 forderte David Ben Gurion die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik, einem Ansinnen, dem Konrad Adenauer nicht nachkommen wollte und konnte: Die arabischen Staaten, zu denen die westdeutsche Bundesrepublik gute Beziehungen pflegte, drohten mit einer Aussetzung derselben und mit der Anerkennung der DDR. Diese Drohung konnte die Bundesrepublik in Zeiten des Kalten Kriegs und während der Politik der Hallstein-Doktrin nicht einfach ignorieren. Um einen Mittelweg zu finden vereinbarte man deutsche Rüstungsexporte nach Israel, eine Vorgehensweise, die auch bei dem ersten Treffen der Staatsoberhäupter Adenauer und Ben Gurion in New York 1960 bestätigt wurde. Diese Vereinbarung stieß jedoch auch in Deutschland auf Kritik, da man die Rüstungsexporte als unwürdige Kompensation für eine normalisierte Diplomatie ansah.⁵

Überschattet wurde die gemeinsame Annäherung durch verschiedene Ereignisse wie den Eichmann-Prozess, der in beiden Ländern tiefgreifende Debatten auslöste, ebenso wie das Bekanntwerden deutscher Expertenbeteiligung an einem ägyptischen Raketenprogramm. Dafür erledigte sich das Problem offizieller diplomatischer Beziehungen gewissermaßen von allein: Ägypten reagierte auf die westdeutsche Militärhilfe für Israel mit der offiziellen Einladung des ostdeutschen Staatsoberhauptes Walter Ulbricht zu einem Staatsbesuch. Auf diese Weise vor ein *fait accompli* gestellt, rückte die Bundesrepublik von ihrer bisherigen Zurückhaltung ab, und am 12. Mai 1965 beschloss Ludwig Erhard und Levi Eschkol die Entsendung von Botschaftern. Als großzügige Geste gab Ben Gurion dem ersten israelischen Botschafter in Deutschland, Asher Ben-Natan, das folgende Zitat aus dem alttestamentlichen Buch Ezechiel mit auf den Weg: „Der Sohn soll nicht tragen die Schuld des Vaters, und der Vater soll nicht tragen die Schuld des Sohnes“⁶.

Während auf diese Weise die offiziellen Beziehungen zu Israel normalisiert wurden – Willy Brandt, der 1973 als erster amtierender Bundeskanzler Israel bereiste, sprach von „normalen Beziehungen mit besonderem Charakter“ – rückte mit Ende der 1960er Jahre die Situation der palästinensischen Bevölkerung immer stärker in den Fokus der Aufmerksamkeit. Das ungelöste Palästinenserproblem zeitigte eine dauerhafte Auswirkung auf das im Grunde stabile deutsch-israelische Verhältnis: Die Entführung eines deutschen Flugzeuges durch die *Palestinian Liberation Organization* (PLO) und die ebenfalls von der PLO durchgeführte Ermordung von elf israelischen Sportlern während der Olympischen Sommerspiele in München 1972, die anschließende Freilassung der inhaftierten palästinensischen Terroristen im Austausch für die deutschen Geiseln, schließlich das Stimmungstief des Yom Kippur-Krieges 1973 und die Erdölkrise veränderten die Beziehungen nachhaltig.

⁵ Vgl. Hanns Jürgen Küsters (Hrsg.), *Adenauer, Israel und das Judentum*, Bonn, 2004.

⁶ Clemens Wergin, „Als Adenauer Ben Gurion in dessen geliebter Wüste besuchte“, *Die Welt*, 18.03.2008 in „Die Welt“, http://www.welt.de/welt_print/article1811679/Als-Adenauer-Ben-Gurion-in-dessen-geliebter-Wueste-besuchte.html [28.08.2014].



Verhängnisvoll erwies sich aus der Sicht Israels die proarabische Neuorientierung, die die sozialdemokratische Regierung Ende der 1970er Jahre vornahm: Nicht mehr nur die jüdischen Israelis, sondern auch die Palästinenser sollten nun als mittelbare Opfer der deutschen Judenpolitik gleichermaßen Unterstützung erfahren. Das Dilemma dieser schwierigen politischen Dreiecksbeziehung ließ sich kaum lösen; zu einem Eklat kam es 1981 in einer Auseinandersetzung zwischen Helmut Schmidt und Menachem Begin, der eine Welle der Solidarisierung mit dem Bundeskanzler in Deutschland und dadurch eine zunehmenden Entfremdung von Israel folgte. Wenige Jahre später führte Helmut Kohls Reklamation einer „Gnade der späten Geburt“ keineswegs zu einer Annäherung, sondern schürte das Misstrauen, dass sich in Deutschland eine „Schlussstrichmentalität“ breitmache.⁷

Die Aufnahme des Friedensprozesses zwischen Israelis und Palästinensern seit 1993 erleichterte die gegenseitigen Beziehungen jedoch erheblich. Deutschland unternahm den Versuch zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln, wengleich die unterschiedlichen Reaktionen auf die veränderte Sicherheitslage nach den Anschlägen des 11. September 2001 erneut zu Tage förderten, wie gegensätzlich und unvermindert prägend für beide Seiten die jeweilige geschichtliche Erfahrung war. Während sich Israel stets an die Maxime hielt, nie wieder Opfer sein zu wollen und vom Recht auf Selbstverteidigung auch das Recht auf militärische Präventivschläge ableitete, bestimmte die deutsche Haltung die entschiedene Absicht, nie wieder Täter sein zu wollen und deswegen nicht zu den Waffen zu greifen.

Im Zuge des fortschreitenden Prozesses der europäischen Integration ist auch das deutsch-israelische Verhältnis in einen weiteren Kontext eingebettet worden, ohne jedoch seinen Sondercharakter zu verlieren. Mit der Aufnahme der Europäischen Union in das Nahostquartett 2002 wurde zwangsläufig die deutsche Stimme in der Nahostpolitik leiser, nichtsdestoweniger äußern sich deutsche Politiker nach wie vor zu diesem Themenkomplex. Bei aller öffentlich geäußerten Kritik an Siedlungsbauten, der Sperranlage, der Situation der Palästinenser etc. hält auch die derzeitige deutsche Bundesregierung als einer Leitlinie ihrer Außenpolitik an der Unterstützung des Existenzrechts Israels fest. Wie die derzeitigen Entwicklungen erneut bestätigen, handelt es sich bei Israel um die einzige glaubwürdige Demokratie im Nahen Osten und ist von daher ein natürlicher Partner Deutschlands in der Region. Die Natur dieser Partnerschaft ist derart tragfähig, dass sie auch ein unilaterales Vorgehen Israels im Palästinenserkonflikt nicht nachhaltig verändern wird.

⁷ Vgl. Haus der Geschichte Bonn (Hrsg.), Israel und die Bundesrepublik. Dreißig Jahre diplomatische Beziehungen, Wissenschaftliches Symposium am 11. Mai 1995, Berlin, 1996. Siehe auch Martin Kloke, 40 Jahre deutsch-israelische Beziehungen, <http://www.bpb.de/izpb/25044/40-jahre-deutsch-israelische-beziehungen?p=all> [28.08.2008].



DEUTSCHE NAHOSTPOLITIK UNTER ANGELA MERKEL – ZWISCHEN STAATSRÄSON UND ZWEISTAATENLÖSUNG

VON RAINA SCHREITZ

Das Anliegen deutscher Nahostpolitik

Zentraler Marker deutscher Nahostpolitik – nicht nur unter der Legislatur Angela Merkels, sondern schon immer untrennbar verbunden mit der Geschichte der Bundesrepublik und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 12. Mai 1965 – ist ein betont freundschaftliches und partnerschaftliches Verhältnis zu Israel. Das Wissen um die gemeinsame Vergangenheit, die Katastrophe des Holocaust, hat die Beziehungen Deutschlands zu Israel nachhaltig geprägt und gefestigt. Aus seiner historischen Verantwortung heraus steht Deutschland entschieden für das Existenzrecht des Staates Israel ein und präsentiert sich in politischen und wirtschaftlichen Fragen als zuverlässiger Partner. Das gleichzeitige Hinwirken Deutschlands auf eine Zweistaatenlösung zwischen Israel und Palästina steht hierzu in einer stetigen Spannung, die sich nicht immer einwandfrei lösen lässt.

Merkel und Israel

Die Nahostpolitik unter Angela Merkel reiht sich konsequent in jene der letzten Jahrzehnte ein. Auch Kanzlerin Merkel war und ist daran gelegen, das freundschaftliche deutsch-israelische Verhältnis weiter zu vertiefen und die politischen Bande enger zu verknüpfen. Die Wahl Israels als Zielort ihrer ersten Auslandsreise als Kanzlerin und der betont kollegiale Umgang deutscher und israelischer Politiker untereinander erscheinen hier nur folgerichtig. Zudem rief sie anlässlich des 60. Jahrestages der Staatsgründung Israels im Jahr 2008 gemeinsam mit Premier Olmert die deutsch-israelischen Regierungskonsultationen ins Leben, um die bereits bestehenden bilateralen Beziehungen auf vielfältigen Ebenen weiter zu festigen.⁸

Gewiss zählt das Entstehen für die Sicherheit und das Existenzrecht Israels sowie die historische Verantwortung Deutschlands für Israel schon seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1965 zu den Grundpfeilern deutscher Außenpolitik, doch erklärt Kanzlerin Merkel mehrfach, dass die Sicherheit Israels untrennbar zur deutschen Staatsräson gehöre und für sie als deutsche Bundeskanzlerin nicht verhandelbar sei. So beispielsweise schon in einem Interview im Jahr 2006, besonders geschichtsträchtig und medienwirksam jedoch in ihrer Rede vor der Knesset in Jerusalem im Jahr 2008. Dass sie als erste ausländische Regierungschefin vor dem Parlament sprechen durfte, dies zudem auf Deutsch, verweist erneut auf die aufkeimende Intensität deutsch-israelischer Beziehungen.⁹ Die in Deutschland nicht unumstrittene Aussage zur Staatsräson relativierte Bundespräsident Joachim Gauck schließlich bei seiner Israelreise im Mai 2012 und erklärte, es sei selbstverständlich, dass Deutschland für die Existenz Israels einstehe, doch der Begriff „Staatsräson“ könne Deutschland bei einer militärischen Auseinandersetzung zwischen Israel und Iran enorme Schwierigkeiten bereiten.¹⁰

Wie gewinnbringend Merkels Einsatz für das bilaterale Verhältnis in Israel selbst wahrgenommen wird, zeigte sich besonders im Februar dieses Jahres. Angela Merkel wurde für ihr „unablässiges Engagement für Israels Sicherheit und für herausragende moralische Führungsqualitäten“ der höchste israelische Staatsorden verliehen, eine Auszeichnung, die zuvor nur Elie Wiesel und Bill Clinton verliehen wurde.¹¹ In ihrer Rede anlässlich der Ordensverleihung sprach

⁸Vgl. Auswärtiges Amt (2014), Deutsch-israelische Regierungskonsultation. Gemeinsame Erklärung, 25.02.2014, www.auswaertigesamt.de/cae/servlet/contentblob/671532/publicationFile/190229/140225-D-ISR-RegErklaerung.pdf [31.08.2014]

⁹Vgl. Angela Merkel, Rede der Bundeskanzlerin vor der Knesset, 18.03.2008, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2008/03/26-1-bk-knesset.html> [31.08.2014].

¹⁰Vgl. Daniel Friedrich Sturm, „Gauck rückt von Merkels Staatsräson-Formel ab“ Welt Online, 29.5.2012, <http://www.welt.de/politik/ausland/article106389740/Gauck-rueckt-von-Merkels-Staatsraeson-Formel-ab.html>. [31.08.2014].

¹¹Vgl. Gisela Dachs, „Für Israel einstehen bedeutet nicht permanente Harmonie“, Die Zeit, 25.02.2014, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-02/israel-deutschland-merkel-regierungskonsultationen/seite-2> [31.08.2014].



Kanzlerin Merkel im Zusammenhang mit der Zweistaatenlösung von einem „jüdischen Staat Israel“, was auf Seiten palästinensischer Vertreter für Empörung sorgte, stellt dies doch einen zentralen Streitpunkt im israelisch-palästinensischen Diskurs dar. Von Israel als jüdischem Staat ist jedoch schon in der Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und FDP aus dem Jahr 2009 die Rede.¹²

Einstehen für eine Zweistaatenlösung

Auf dieser Hintergrundfolie der einzigartigen Beziehung zwischen Deutschland und Israel stellt sich die Herausforderung, im Friedensprozess für eine Zweistaatenlösung einzutreten, die beiden Parteien, den Israelis wie den Palästinensern, Zugeständnisse und Kompromissbereitschaft abverlangt. Für Deutschland ergibt sich die Notwendigkeit im politischen Diskurs fair zu agieren und dabei die eigene historische Verantwortung gegenüber Israel weder zu vernachlässigen noch zu sehr zu fokussieren.

Wenn Kanzlerin Merkel auch grundsätzlich mit der israelischen Politik konform geht und sich - wie zuvor beschrieben - für die Existenz Israels als jüdischen Staat einsetzt, kritisiert sie jedoch in ihrem konsequenten Streben um eine Einigung zwischen den beiden Parteien mehrmalig die Siedlungspolitik Israels, so geschehen während des Regierungsbesuchs Netanjahus in Berlin im Jahr 2009, bei der zweiten Regierungskonsultation im Januar 2011, bei der sie die Siedlungspolitik als Hindernis für den Frieden bezeichnete, und nicht zuletzt in ihren beiden zuvor erwähnten großen Reden in Jerusalem.

Den von der palästinensischen Autonomiebehörde im Jahr 2011 gestellten Antrag auf Vollmitgliedschaft in der UN lehnte Angela Merkel mit der Begründung ab, dass einseitige Schritte auf palästinensischer Seite nicht förderlich für den Friedensprozess seien. Umso problematischer schien die Verhandlungsbasis, als die israelische Regierung kurz darauf im Oktober 2011 weitere 1000 Wohneinheiten in Ostjerusalem genehmigte. Als im November 2011 als Reaktion auf die Aufnahme Palästinas in die UNESCO die Entscheidung fiel, weitere 2000 Wohneinheiten in Ostjerusalem und der Westbank zu bauen, reagierte die Bundesregierung mit außerordentlich scharfer Kritik. Regierungssprecher Seibert bezeichnete die Siedlungsaktivitäten als „besorgniserregend“ und „rechtswidrig“.¹³

Ebenso fällt die Bewertung militärischer Operationen zunehmend kritischer aus: So wurde beispielsweise die Erstürmung der Gaza-Hilfsflotte im Mai 2010¹⁴ deutlich kritischer bewertet als noch die Operationen gegen den Libanon im Jahr 2006 und der Gaza-Krieg 2008-2009.¹⁵ Die Bundesregierung weiß um die besondere Erfordernis sicherheitspolitischer Maßnahmen und setzt sich für die Sicherheit Israels ein, mahnt im Zusammenhang mit militärischen Operationen jedoch vermehrt das Prinzip der Verhältnismäßigkeit an, mit dessen Hilfe es sorgsam abzuwiegen gelte.

Gerade die Geschehnisse in der jüngsten Vergangenheit, beispielsweise die für beide Seiten zermürbenden militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und Hamas im Sommer 2014, zeigen die Dringlichkeit einer zeitigen und friedlichen Lösung, die beiden Parteien Kompromisse abverlangt. Kanzlerin Merkel bekannte sich auch im Rahmen dieser jüngsten Eskalation des Konflikts klar zur Seite Israels und rechtfertigte die israelische Bodenoffensive mit dessen Recht auf Selbstverteidigung gegenüber der Bedrohung durch die Hamas, betonte jedoch stets die Notwendigkeit zu einer Rückkehr an den Verhandlungstisch, um eine langfristige friedliche Lösung herbeizuführen. Ein glaubwürdiges Eintreten für eine Zweistaatenlösung im Bewusstsein des besonderen Verhältnisses zu Israel stellt sich gewiss als ein anspruchsvolles Unterfangen dar, doch zeigt sich, dass auch kritische Töne dem freundschaftlichen und besonderen Verhältnis zwischen Deutschland und Israel keinen Abbruch tun.

¹²Vgl. CDU/CSU/FDP, Wachstum, Bildung, Zusammenhalt. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP.

http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Ministerium/koalitionsvertrag.pdf?__blob=publicationFile [31.08.2014].

¹³Vgl. Jan Busse, „Zwischen historischer Verantwortung und Zweistaatenlösung. Die Nahostpolitik der Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel“, Israel und Palästina (4/2012), 59, www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/fachpublikationen/bss_j_p-4-12-58.pdf [31.08.2014].

¹⁴Vgl. Bestürzung über israelischen Marineeinsatz gegen Gaza-Hilfskonvoi, 31.05.2010, <http://www.rp-online.de/politik/ausland/merkel-fordert-untersuchung-aid-1.2125705> [31.08.2014].

¹⁵ Die Bundesregierung lehnte die Schlussfolgerung des Goldstone-Berichts ab, nicht nur die Hamas, sondern auch Israel habe während des Gaza-Kriegs Kriegsverbrechen begangen.



DIE DEUTSCH-ISRAELISCHE SICHERHEITSPARTNERSCHAFT: ASPEKTE UND ANMERKUNGEN

VON LUDWIG SCHULZ

Das Thema Sicherheit prägt die Beziehungen zwischen Israel und Deutschland wie kaum ein zweites. So zahlreich die Felder der Zusammenarbeit mittlerweile sind und so speziell das Verhältnis beider Länder in unverminderter historischer Konsequenz der Shoah immer bleiben wird¹⁶ – Sicherheit als Wert und Aufgabe stand und steht ganz oben auf der Agenda gemeinsamer politischer Interessen. Denn zum einen besteht seit jeher Sorge um Israels bedrohte Zukunft in der stets dynamisch-fragilen Staatenwelt des Nahen und Mittleren Osten. Zum anderen sieht sich auch Deutschland angesichts vielfältiger globaler Herausforderungen und einer wachsenden Zahl komplexer Krisen und Konflikte vor die Aufgabe gestellt, seine außen- und sicherheitspolitische Rolle neu zu definieren.

Auch der gemeinsame Beschluss vom 25. Februar 2014 während der fünften deutsch-israelischen Regierungskonsultationen in Jerusalem ist ein weiterer Ausdruck der besonderen Beziehungen beider Staaten und der hervorgehobenen Bedeutung von Sicherheit: Neben der verstärkten Zusammenarbeit in einer Vielzahl von Arbeitsbereichen – von Handel, Verkehr und Energie über Wissenschaft, Technologie und Umwelt bis zu gesellschafts- und kulturpolitischen Themen – einigten sich die Regierungen damals auch auf ein Verfahren zum konsularischen Beistand. Israelische Staatsangehörige, die in Drittstaaten, in denen Israel über keine diplomatische Vertretung verfügt, in eine Notsituation gelangen, können sich fortan an das weltweite deutsche konsularische Netz wenden, um Hilfe zu erhalten.

Die Bundesrepublik übernimmt somit eine wichtige Aufgabe zum Schutz israelischer Bürgerinnen und Bürger in einer Welt, in der dem Staat Israel von einer Reihe anderer Staaten die volle diplomatische Anerkennung verwehrt wird und in der Juden aufgrund ihres Glaubens noch immer zum Objekt von Anfeindungen und Gewalt werden. Gleichzeitig bekundet Israel mit dieser Entscheidung erneut das mittlerweile große Vertrauen gegenüber Deutschland. Wie mein Rückblick auf wichtige Aspekte der deutsch-israelischen Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik im Folgenden zeigt,¹⁷ sind allerdings nicht nur gegenseitiges Vertrauen, sondern stets auch politischer Pragmatismus nötig gewesen, um die Partnerschaft durch die wechselhafte weltpolitische Geschichte zu manövrieren. Auch heute noch erweist sich diese Sicherheitspartnerschaft als ein wertvolles Gut, das es zu erhalten und fortzuentwickeln gilt. Zudem möchte ich argumentieren, dass die Partnerschaft angesichts großer gesellschaftspolitischer Herausforderungen auch auf den Wert der Freiheit konzentriert werden sollte. Denn erst im Verbund mit Freiheit können sich Sicherheit und Frieden voll entfalten.

Die deutsch-israelische Partnerschaft im Rückblick

Schon vor Aufnahme der diplomatischen Beziehungen 1965 kooperierten Israel und die Bundesrepublik in der Sicherheitspolitik. Hatten die beiden Staatsmänner David Ben-Gurion und Konrad Adenauer pragmatisch eine Annäherung und 1952 eine grundlegende Übereinkunft über das sensible Thema Entschädigungen erreicht, brachten fünf Jahre später Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß und Schimon Peres, damals Staatssekretär im israelischen Verteidigungsministerium, die Kooperation im militärischen Bereich auf den Weg. Zur gleichen Zeit etwa begannen

¹⁶ Vgl. einleitend Shimon Stein, *Israel, Deutschland und der Nahe Osten. Beziehungen zwischen Einzigartigkeit und Normalität*, Göttingen, 2011; Michael Wolfssohn (Hg.), *Ausgerechnet Israel? Prominente Deutsche über einen wichtigen Partner*, Neuried, 2003.

¹⁷ Vgl. dazu auch Yves Pallade, *Germany and Israel in the 1990s and Beyond: Still a „Special Relationship“?*, Berlin et al. 2004; Milena Uhlmann (Hg.), *Die deutsch-israelischen Sicherheitsbeziehungen. Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft*, Berlin, 2008.



die Nachrichtendienste beider Staaten ihre Zusammenarbeit – das sowjetisch- bzw. arabisch-sozialistische Feindbild, über das es während der ersten heißen Phase des Kalten Krieges mehr zu erfahren galt, verband die beiden Staaten.

Westdeutschland erwies sich dabei aus israelischer Perspektive als weitgehend verlässlicher Partner. Zwar machte die Bundesrepublik nicht immer unmissverständlich ihre Bereitschaft deutlich, auf Seiten Israels zu stehen. Doch konnten sich die Regierungen bei Irritationen und Spannungen stets verständigen und den Ausbau ihrer Sicherheitsbeziehungen unvermindert pragmatisch fortsetzen. Israel akzeptierte, dass Deutschland auch in den arabischen Staaten Partner sah, weil diese wichtige Märkte darstellten. Umgekehrt lieferte Deutschland nicht nur Material und Expertise zur Sicherheit Israels, sondern diente auch als vertrauenswürdiger Emissär und Mediator, beispielsweise wenn es um die Befreiung israelischer Geiseln aus arabischer Gefangenschaft ging. Wichtig war vor allem, dass die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Deutschland effektiv und nüchtern sowie möglichst abseits medialer Aufmerksamkeit zu funktionieren hatte.

Zusehends sollten ab den 1960er und 1970er Jahren die Annäherung deutscher und jüdischer Nachkriegsgenerationen sowie die vielfältigen Kooperationsbereiche auf wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene die Grundlage nachhaltig guter Beziehungen werden. Allerdings störte die Sicherheitslage in Nahost immer wieder die Atmosphäre in den Beziehungen beider Länder. In Israel wandelte sich zwar die anfangs skeptisch-distanzierte bis feindselige Perzeption Deutschlands in eine pragmatisch-offene, teilweise sogar freundschaftliche Haltung der Bevölkerung, die heute nunmehr das Stimmungsbild dominiert. Dagegen nahm bald nach 1967 bei der Mehrheit der Deutschen das Verständnis für die Feinheiten des Nahostkonflikts bzw. für die Spannungen und Interessensgegensätze in der Region ab und es überwog das Bild Israels als militärisch aufgerüstete, stets einsatzbereite Macht.

So kontinuierlich seit jener Zeit das Ansehen israelischer Politik in der deutschen Gesellschaft laut Meinungsumfragen gesunken ist, so kontinuierlich aber dehnten beide Staaten ihre Kooperation in der Außen- und Sicherheitspolitik auf andere Bereiche aus. Man arbeitete etwa justiziell bei der Verbrechensbekämpfung oder entwicklungspolitisch bei humanitären Projekten in Drittländern zusammen. Ebenso vertiefte sich nach Ende des Ost-West-Konflikts die Kooperation bei Rüstung, Verteidigung und Geheimdiensten. Seither stehen die gemeinsame Forschung und Entwicklung von Militärtechnologie und der Handel mit Rüstungsgütern, der enge Dialog der Militär- und Sicherheitskräfte, die Zusammenarbeit im Kampf gegen den internationalen Terrorismus sowie aktuell das deutsche Interesse an israelischer Drohnentechnologie im Mittelpunkt der Sicherheitspartnerschaft.

Während sich in den vergangenen zwanzig Jahren das seit jeher prioritäre Bedürfnis Israels nach Sicherheit vor externer Bedrohung kaum verändert hat, geht es aus deutscher Perspektive darüber hinaus auch um substantielle Beiträge für Stabilität und Frieden im Nahen und Mittleren Osten. So engagiert sich die Bundesrepublik etwa zusammen mit den europäischen und weiteren Partnern im Rahmen der E3+3 (P5+1)-Gespräche um eine friedliche und vor allem für Israel sichere Beilegung des Konflikts um das iranische Nuklearprogramm. Zudem beschloss der Deutsche Bundestag im Jahr 2006 die Beteiligung Deutschlands an der VN-Mission im Libanon, im Zuge dessen erstmals Bundeswehrsoldaten in den Nahen Osten entsandt wurden. Und zuletzt brachte die Bundesregierung in der Folge der erneuten Eskalation des Konflikts zwischen der Hamas und Israel, den Vorschlag ein, die bis 2007 bestehende Grenzschutzmission der EU am Gazastreifen zu reaktivieren. Auf diese Weise soll auf beiden Seiten für mehr Sicherheit gesorgt und ein geregelter Wiederaufbau der stark zerstörten Region ermöglicht werden.

Von großer Bedeutung ist auch das deutsche bzw. das gesamteuropäische Engagement für die Zweistaaten-Lösung, die allseits als Schlüssel für die friedliche Beilegung des langjährigen Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern betrachtet wird. Deutschland konnte bislang einen wichtigen Beitrag als Gesprächspartner und Vermittler leisten. Dabei ist es stets bemüht, den pragmatischen, gleichwohl für die Verhandlungen wesentlichen, weil vertrauensschaffen-



den Anschein der Äquidistanz zu den Konfliktparteien zu wahren. Entsprechend erbeten beide Seiten ein größeres, aktiveres deutsches Engagement (wenngleich oft auch für die Wahrung und Umsetzung der jeweils eigenen Interessen), nicht zuletzt, weil die deutsche Vermittlungsposition als stark und einflussreich wahrgenommen wird.

Erinnerung und Erreichtes bewahren, Frieden und Freiheit entfalten

Die Genese der deutsch-israelischen Sicherheitspartnerschaft zeigt nicht nur, wie eng und vertrauensvoll das Verhältnis beider Länder geworden ist. Zudem wird in der Rückschau deutlich, dass die Deutschen zu außenpolitischer Selbstsicherheit auch und gerade deshalb zurückfinden konnten, weil Juden in Israel, Europa und weltweit bereit waren, das „neue Deutschland“ anzuerkennen. Dies brachte den Deutschen nicht nur Frieden mit sich und ihrer Vergangenheit, sondern auch eine besondere Dimension von Freiheit: nämlich die Verantwortung, sich sowohl für den Schutz Israels und des Judentums einzusetzen, als auch stets dann einzuschreiten, wenn Unrecht gegen Menschen und deren universelle Würde geschieht. Umgekehrt nutzten auch Israelis die neu gewonnene Freiheit und Sicherheit ihres Landes, um nach der Annäherung mit dem Land der Täter und in Bereitschaft zu gemeinsamer Erinnerung an die Opfer eine enge, vertrauensvolle Partnerschaft mit den Deutschen einzugehen.

Schufen anfangs gemeinsame Interessen und politischer Pragmatismus eine breite Kooperationsbasis, muss es nunmehr darum gehen, die Partnerschaft neu auszurichten. Denn auch 25 Jahre nach Ende des Ost-West-Konflikts ist zum einen die Staatenordnung am Rande Europas weiterhin fragil – unter anderem infolge nationaler Revisionismen und Separatismen bzw. durch extremistische Gruppen und Bewegungen, die sich über staatliche Gewaltmonopole und etablierte Landesgrenzen hinwegsetzen wollen. Zudem erweisen sich als ebenso gefährlich für die politische Stabilität demokratischer Gesellschaften die immer lauter werdenden politischen Radikalismen, explosive soziale Spannungen und Polarisierungen sowie das verbreitete Risiko für die Politik, Missmanagement beim Lösen der komplexen globalen Probleme zu betreiben, die das 21. Jahrhundert prägen. Dabei handelt es sich allesamt um rasante und scheinbar kaum aufhaltbare Entwicklungen, die eine strategische Stärkung der Demokratie sowie mehr internationale Kooperation und Verrechtlichung zu einer dringlichen Notwendigkeit machen.¹⁸

Angesichts der zunehmenden Fragilität der Staatenordnung im Nahen Osten ist die deutsch-israelische Sicherheitspartnerschaft ein wertvolles Gut, das es zu bewahren und im Sinne einer „vernetzten Sicherheit“ weiterzuentwickeln gilt. Für die Zukunft sollte zudem der dieser Partnerschaft zugrunde liegende Dialog zu einem strategischen Sicherheits-Trialog erweitert werden und kooperationswillige arabische bzw. muslimische Akteure miteinbeziehen. Dies ist vor dem Hintergrund der tiefgreifenden gesellschaftspolitischen Herausforderungen nötig und möglich, wenn sich die Trialogpartner stets des prägenden Wesenskerns ihrer Beziehung bewusst sind: der gemeinsamen Erinnerung einer vielfältig leidvollen Vergangenheit und der gemeinsamen Verantwortung für den gegenwärtigen und zukünftigen Schutz von Freiheit und Menschenwürde. Denn nur in Freiheit lassen sich Sicherheit und Frieden entfalten, ist Frieden sicher – in Europa wie im Nahen Osten.

¹⁸ Vgl. Beate Neuss, „Starke Selbstzweifel und Selbstzweifel als Stärke. Wie tragfähig ist das westliche Demokratiemodell?“, in *Die Politische Meinung*, 523 (2013), 45-50; Werner Weidenfeld, „Nicht Opfer, sondern Gestalter. Wie der Westen die Zukunft gewinnen kann“, in *Welttrends*, 89 (2013), 115-118.



DAS ISRAELBILD DER DEUTSCHEN

VON NADINE GRZESZICK

Als Bundeskanzlerin Angela Merkel im März 2008 eine Rede vor der Knesset hielt, würdigte sie Israel als ein Land großer Leistungen. Der israelische Staat zeichne sich durch seine Aufbauarbeit, den Kampf für Frieden und Sicherheit, die Integration von Zuwanderern, technologische Errungenschaften und kulturellen Reichtum aus. Für das Verhältnis zwischen Deutschland und Israel fand sie ebenso deutliche Worte: „Jede Bundesregierung und jeder Bundeskanzler vor mir waren der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels verpflichtet. Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar.“¹⁹

In der Tat bildet die besondere Verantwortung Deutschlands für Israel einen Grundsatz der deutschen Politik seit der Zeit Konrad Adenauers. Aus den engen bilateralen Beziehungen beider Staaten sind zahlreiche Handelsabkommen, Forschungs- Kooperationen, Programme zum Jugendaustausch und mehr als hundert kommunale Partnerschaften entsprungen. Diese Fakten scheinen zu bestätigen, dass Deutschland Israel wertschätzt. Doch spiegelt die offizielle Linie der Bundesregierung auch die Meinung der deutschen Gesellschaft wieder? Ist das Israelbild der Deutschen ebenfalls vom Gedanken einer besonderen Verantwortung für Israel geprägt?

Aktuelle Umfragen unter Bundesbürgern lassen Zweifel daran aufkommen. Im Januar 2015 veröffentlichte die Bertelsmann Stiftung die Studie *Deutschland und Israel heute: Verbindende Vergangenheit, trennende Gegenwart?*, die repräsentative Befragungen von Deutschen und Israelis vom Januar 2013 analysiert. Zwar meinen laut der Studie 61 Prozent der Deutschen, dass Deutschland aufgrund der Geschichte des Nationalsozialismus heute eine besondere Verantwortung habe, doch nur 40 Prozent der Deutschen glauben, dass diese Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk bestünde.²⁰

Tatsächlich legt die Studie nahe, dass die Mehrheit der Bundesbürger eine eher distanzierte und negative Haltung zu Israel einnimmt, die sich in den letzten Monaten gar noch verschlechtert hat. In Folge der israelischen Militäroperation *Protective Edge* ließ die Bertelsmann Stiftung nämlich unter der deutschen Bevölkerung eine Blitzumfrage durchführen, bei der sieben der Fragen vom Januar 2013 erneut gestellt wurden. Hatten Anfang 2013 noch 46 Prozent der Befragten eine sehr gute oder gute Meinung über Israel angegeben, so taten dies Ende 2014 nur noch 36 Prozent. Demgegenüber stieg die Zahl der Befragten, die eine ziemlich oder sehr schlechte Meinung über Israel hatten, von 42 auf 48 Prozent.²¹

Auch andere Studien bestätigen, dass viele Deutsche ein ausgesprochen negatives Israelbild haben. Die Linguistin Monika Schwarz-Friesel und der Historiker Jehuda Reinharz haben in den letzten Jahren über 14.000 Emails und Briefe an den Zentralrat der Juden und die israelische Botschaft in Deutschland analysiert. Sie fanden heraus, dass die meisten Zuschriften Israel nicht in einer legitimen Weise kritisierten, sondern den Staat nach besonderen Maßstäben bewerteten, sein Existenzrecht ablehnten oder antisemitische Klischees bis hin zur Verteufelung Israels bedienten. Anti-Israelismus, so die Forscher, sei lediglich eine moderne Variante der alten Judenfeindschaft. Außerdem widersprechen sie der vorherrschenden Meinung, dass Anti-Israelismus vor allem in links- und rechtsextremen Milieus angesiedelt sei. Schwarz-Friesel und Reinharz sind überzeugt, dass Antisemitismus in Form von Israel-Hass längst die

19 Angela Merkel, „Verantwortung, Vertrauen, Solidarität“ (Rede, Jerusalem, 18.03.2008), http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation_alt/Anlagen-be/_Anlagen/2008-03-18-merkel-rede-knesset.pdf;jsessionid=E57E0AA93A7564A3AFDCFAE291AB9CA.s3t2?__blob=publicationFile&v=2 [31.08.2014].

20 Vgl. Steffen Hagemann und Roby Nathanson, *Deutschland und Israel heute: Verbindende Vergangenheit, trennende Gegenwart?*, Gütersloh, 2015, 43.

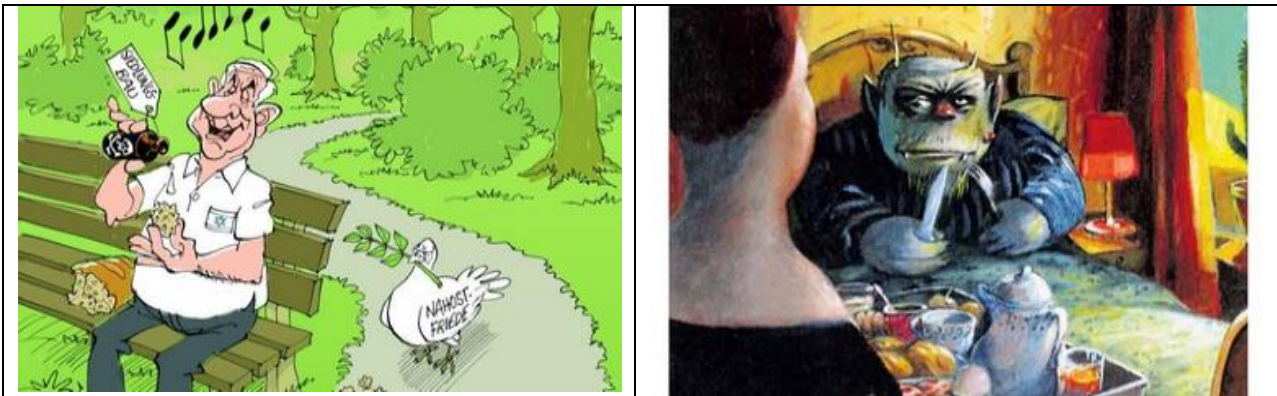
21 Vgl. *ibid.*, 66-67.



bürgerliche Mitte erreicht hat.²²

Wie aber lässt sich erklären, dass sich das Israelbild der Deutschen so rasant verschlechtert hat? Schwarz-Friesel und Reinharz glauben, dass die Medien eine wichtige Rolle in der Verbreitung eines einseitigen Israelbildes spielen. Sie haben nicht nur festgestellt, dass viele Briefe und Emails Medienberichte als Quellenangaben, sondern konnten auch nachweisen, dass Nachrichten und Leserbriefe oftmals identische Ausdrücke benutzten.²³ Eine Studie von Schwarz-Friesel aus dem Jahr 2012 wirft Licht auf die Medienberichterstattung über Israel. Während des Gaza-Konflikts untersuchte die Forscherin 400 Schlagzeilen aus Onlinemedien. Drei Viertel der Überschriften stellten Israel als den Aggressor dar – und widersprachen damit nicht selten dem eigentlichen Nachrichtentext. Laut Schwarz-Friesel werden Palästinenser in deutschen Medien oftmals durch idealisierte Bilder wie Olivenbäume, Felder und Schafherden beschrieben. Israelis hingegen würden meist durch Verben der Gewalt und Willkür charakterisiert.²⁴

Häufig jedoch nutzen Medien noch drastischere Mittel, um zu zeigen, dass sie Israel ablehnen. In den letzten Jahren erschienen zahlreiche antisemitische Karikaturen in deutschen Tageszeitungen und Magazinen. Die Badische Zeitung und die Stuttgarter Zeitung veröffentlichten 2013 Karikaturen vom israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu, der eine Friedensschnecke bzw. –taube vergiften möchte.²⁵ Dadurch griffen beide Zeitungen das alte Vorurteil von Juden als Brunnenvergiftern auf. Die Süddeutsche Zeitung druckte 2013 zu einer Buchbesprechung eine Illustration von einem hungrigen Monster ab. Die Bildunterschrift klärte auf, dass hier Israel als „gefährlicher Moloch“ dargestellt wurde, der nach Waffenlieferungen giert. Indem die Illustration Israel mit einer Gottheit vergleicht, der Kinder geopfert wurden, dämonisiert sie das Land nicht nur, sondern aktualisiert auch mittelalterliche Ritualmordlegenden.²⁶



Antisemitische Israel-Karikaturen sind in deutschen Tageszeitungen keine Seltenheit. Die Stuttgarter Zeitung bildete den israelischen Ministerpräsidenten als Friedensvergifter ab.²⁷ Die Süddeutsche Zeitung stellte Israel als Monster bzw. „gefährlichen Moloch“ dar.²⁸

Doch nicht nur die journalistischen Medien prägen das negative Israelbild der Deutschen. Das Georg-Eckert-Institut rief 2010 eine deutsch-israelische Schulbuchkommission ins Leben, um zu untersuchen, wie Israel in deutschen Schulbüchern dargestellt wird. In einem ersten Zwischenbericht befand die Kommission Ende 2012, dass fast alle

22 Vgl. Monika Schwarz-Friesel und Jehuda Reinharz, Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert, Berlin/Boston, 2013, 249-250.

23 Vgl. *ibid.*, 243-245

24 Vgl. Monika Schwarz-Friesel, „Die Medien kritisieren kaum ein Land so oft wie Israel“, Zeit Online, 04.08.2014, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-08/israel-medien-kritik> [31.08.2014].

25 Vgl. Pesach Benson, „German Cartoon Demonizes Israel – On Kristallnacht Anniversary“, Honest Reporting, 14.11.2013, <http://honestreporting.com/german-cartoon-demonizes-israel-on-kristallnacht-anniversary/> [31.08.2014].

26 Vgl. Benjamin Weinthal, „Newspaper apologizes for printing cartoon showing Israel as 'Moloch'“, JPost.com, 04.07.2013, <http://www.jpost.com/Jewish-World/Jewish-Features/Newspaper-apologizes-for-printing-cartoon-showing-Israel-as-Moloch-318715> [31.08.2014].

27 Foto: Adiv Steierman, „Major German daily publishes anti-Israeli cartoon“, Times of Israel, 08.08.2013, <http://www.timesofisrael.com/major-german-daily-publishes-anti-israeli-cartoon/> [24.05.2015].

28 Foto: Weinthal, „Newspaper apologizes“, <http://www.jpost.com/Jewish-World/Jewish-Features/Newspaper-apologizes-for-printing-cartoon-showing-Israel-as-Moloch-318715> [31.08.2014].



Schulbücher nur den Nahostkonflikt im Blick hätten und viele Aspekte der israelischen Zivilgesellschaft ausblenden würden. Außerdem bemängelte Kommissionsmitglied Dirk Sadowski, dass Israelis in deutschen Schulbüchern prinzipiell als Täter und Palästinenser als Opfer erscheinen würden.²⁹ Das Lesebuch *LolliPop* aus dem Cornelsen-Verlag bedient sich solch einer schematischen Erzählweise. Es schildert die Leidensgeschichte des Palästinenserjungen Ishak, der am Sperrwall lebt. Seiner Hilflosigkeit steht die Macht des israelischen Militärs gegenüber.³⁰ Da keine israelischen Individuen auftauchen, werden die Sympathien der Dritt- und Viertklässler eindeutig zum Palästinenserjungen gelenkt.

Dass gerade das Bild von Israel als Militärmacht in deutschen Medien und Schulbüchern so dominant ist und zugleich meist eine negative Konnotation trägt, hat mehrere Gründe. So weisen die Autoren der Bertelsmann-Studie darauf hin, dass zu den Lehren, die Deutschland aus dem Zweiten Weltkrieg gezogen habe, auch die Tendenz gehöre, Krieg unter allen Umständen als politisches Mittel abzulehnen.³¹ In der israelischen Gesellschaft hingegen rechtfertigt der Grundsatz „Nie wieder!“ gerade auch militärische Operationen zur Selbstverteidigung. Vor dem Hintergrund der langen Geschichte antisemitischer Verfolgung und der heutigen Bedrohung Israels durch den Iran wird der Leitsatz nämlich meist im Sinne von „Nie wieder Opfer sein“ interpretiert.³² Vielen deutschen Bürgern erscheint dieser Gedanke aber äußerst fremd. Dies legen auch die hohen Ablehnungswerte für Waffenlieferung von Deutschland an Israel nahe.³³

Nicht selten wird Israel in der deutschen Gesellschaft und in den Medien gar mit dem NS-Staat gleichgestellt. Hagemann und Nathanson erklären dazu: „Durch den Vergleich der Politik Israels mit den Verbrechen an den Juden wird deren Status als Opfer des Holocausts infrage gestellt und die Schuld und Verantwortung Deutschlands minimiert oder sogar gänzlich gelehnet.“³⁴ In solch einem Fall ist die Grenze zwischen legitimer Kritik der israelischen Regierung und kategorischem Anti-Israelismus klar überschritten.

Im Juli 2014 erreichten anti-israelische Demonstrationen in Deutschland ein neues Ausmaß an verbaler und physischer Gewalt. Israel-Hass hat in der Öffentlichkeit eine solch große Akzeptanz erreicht, dass sich die Frage aufdrängt, ob die Führungskräfte und Meinungsmacher der nächsten Generationen noch an einem positiven Israelbild und einer moralischen Verpflichtung der Deutschen festhalten werden.

Die Politiker haben diese Herausforderung erkannt. Deswegen steht die junge Generation im Zeichen dieses Jubiläumsjahres, in dem Israel und Deutschland das 50-jährige Bestehen ihrer diplomatischen Beziehungen begehen.³⁵ Allerdings fand die Umfrage der Bertelsmann Stiftung auch heraus, dass gerade die jungen Deutschen im Alter von 18 bis 29 Jahren eine besonders schlechte Meinung von Israel haben.³⁶ Es gilt also, ihnen Israel näherzubringen. Bundespräsident Joachim Gauck wünschte sich daher beim offiziellen Staatsakt zum Jubiläum am 12. Mai 2015 mehr Begegnungen zwischen beiden Nationen.³⁷ Der neue deutsch-israelische Freiwilligendienst mag ein erster Schritt in diese Richtung sein. Er darf nicht der letzte bleiben.

29 Vgl. Christoph Richter, „Vorurteile aus dem Lehrbuch“, DW.de, 03.01.2013, <http://www.dw.de/vorurteile-aus-dem-lehrbuch/a-16494453> [31.08.2014].

30 Vgl. Sina Löschke, „Die Mauer von Masha – zu Hause zwischen Beton und Stacheldraht“, in Ulrike Dorst, Ulrike Mertens und Sonja Schnitzler (Hrsg.), *LolliPop. Lesebuch 3/4*, Berlin, 2012, 28-29.

31 Vgl. Hagemann und Nathanson, *Deutschland und Israel heute*, 43.

32 Vgl. *ibid.*, 27;46.

33 Vgl. *ibid.*, 49.

34 *ibid.*, 40.

35 Vgl. Yakov Hadas-Handelsman, „Grußwort von Botschafter Yakov Hadas-Handelsman“, in *Botschaft des Staates Israel* (Hrsg.), 50 Jahre diplomatische Beziehungen Israel - Deutschland, Berlin, 2015, 4.

36 Vgl. Bertelsmann Stiftung, „Deutsche blicken skeptisch auf Israel“, Bertelsmann-Stiftung.de, 26.01.2015, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2015/januar/deutsche-blicken-skeptisch-auf-israel> [24.05.2015].

37 Vgl. Joachim Gauck, „50. Jahrestag deutsch-israelischer Beziehungen“ (Rede, Berlin, 12.05.2015),

<http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2015/05/150512-ISR-Festakt-Philharmonie.html> [24.05.2015].



ISRAELS RUF IN EUROPA

VON MARTHA DUDZINSKI

Das heutige Israel weckt in Europa viele spannende Konnotationen: exotisch, aber geografisch sehr nah, im Nahen Osten und dennoch irgendwie europäisch. Zahlreiche kulturellen Parallelen machen das Land zu einem beliebten europäischen Nachbarn: Der Fernsehmentalist Uri Geller brachte dem deutschen Fernsehpublikum bei, auf Hebräisch bis drei zu zählen. Sänger Asaf Avidan stellte mit „One Day (Reckoning Song)“ den Sommerhit des Jahres 2012. Das hedonistische Tel Aviv erfreut sich eines hervorragenden Rufes als Partymetropole in einem Atemzug mit europäischen Städten wie Barcelona, Berlin und London. Seit Jahren wächst die Anzahl der Touristen, die nach Israel kommt: 2013 verbuchte das Land einen Rekord von 3,5 Millionen. Nach US-Amerikanern und Russen kommen dabei vor allem Europäer nach Israel – allen voran aus Frankreich, Deutschland, Großbritannien und Italien.³⁸³⁹

Gaza-Krieg 2014

Allerdings hat der politische Ruf Israels seit der Gaza-Offensive 2014 insbesondere in Europa nachhaltigen Schaden genommen: Nicht nur wurden internationale Flüge nach Tel Aviv wegen der Sicherheitsbedrohung durch Raketen aus dem Gaza-Streifen gestrichen, was zum Teil als politisches Signal gewertet wurde.⁴⁰ Das Vorgehen der Netanjahu-Regierung wurde zudem vor allem in der Gesellschaft offen wie nie zuvor diskutiert und kritisiert. In einer Analyse der New York Times stellen israelische und europäische Experten fest: Die Diskussionskultur europäischer Bürger an der israelischen Politik in den Palästinensergebieten hat dieses Jahr deutlich zugenommen.⁴¹ Dieser gesamtgesellschaftliche Diskurs geht thematisch über den Siedlungsbau im Westjordanland hinaus, den Vertreter der EU seit Jahren kritisieren.⁴²

Wie sich gerade in Großbritannien das Bild Israels geändert hat, erkennt man an der Forderung der schottischen Regierung nach einem Waffenembargo gegenüber Israel aufgrund der Todeszahlen im Gaza-Streifen.⁴³ Zudem mussten gleich zwei israelische Theatergruppen ihre Auftritte auf dem weltgrößten Kunstfestival „Fringe“ in Edinburgh absagen, da sie sich angesichts ihrer staatlichen Förderung weitreichenden Protesten ausgesetzt sahen.⁴⁴ Dabei wurden insbesondere die Proteste in Deutschland auch international aufmerksam verfolgt.⁴⁵

38 Weltbank, „International Tourism, Number of Arrivals: Israel“, <http://data.worldbank.org/indicator/ST.INT.ARVL> [15.09.2014].

39 Israel Heute, „2013 ein Rekordjahr für Israels Tourismus“, <http://www.israelheute.com/Nachrichten/Artikel/tabid/179/nid/26623/Default.aspx> [15.9.2014].

40 Deutschlandfunk, „Raketenangriffe auf Israel - Fluggesellschaften streichen Flüge nach Tel Aviv“, http://www.deutschlandfunk.de/raketenangriffe-auf-israel-fluggesellschaften-streichen.1773.de.html?dram:article_id=292502 [20.9.2014].

41 New York Times, „With Gaza War, Movement to Boycott Israel Gains Momentum in Europe“, http://www.nytimes.com/2014/08/29/world/europe/with-gaza-war-movement-to-boycott-israel-gains-momentum-in-europe.html?_r=2 [20.09.2014].

42 Der Spiegel, „Kein Geld für Siedlungen – EU-Boycott empört Israel“, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/neue-eu-richtlinien-zu-uedischen-siedlungen-empoenen-israels-regierung-a-911457.html> [17.9.2014].

43 The Scotsman, „Scottish Government request Israel arms embargo“, <http://www.scotsman.com/news/politics/top-stories/scottish-government-request-israel-arms-embargo-1-3499645> [15.9.2014].

44 BBC, „Second Israeli-funded Edinburgh Festival Fringe show cancelled“, <http://www.bbc.com/news/uk-scotland-edinburgh-east-fife-28640377>, [15.9.2014].

45 BBC, „Gaza conflict: Berlin protests show dividing lines“, <http://www.bbc.com/news/world-europe-28492479> [15.9.2014].



Antisemitismus

Allerdings mischten sich auch antisemitische Gruppierungen unter die Demonstranten gegen den Gaza-Krieg.⁴⁶ In Deutschland hat die Konrad-Adenauer-Stiftung zusammen mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland die Initiative „Steh auf! Nie wieder Judenhass!“ ins Leben gerufen. Bei deren Kundgebung am 14. September 2014 sprach als Hauptrednerin Bundeskanzlerin Angela Merkel, weitere prominente Gäste waren Bundespräsident Joachim Gauck und der ehemalige Bundesaußenminister Joschka Fischer.⁴⁷

Die antisemitischen Vorfälle bei den Gaza-Protesten wurden durch die deutsche Regierung und zahlreiche Vertreter aus Politik und Gesellschaft geächtet.⁴⁸ Dazu entfachten sie eine neue Diskussion über die Grenzen zwischen Kritik an der Regierung Israels und offenem Judenhass.⁴⁹ Einigen Stimmen aus Judentum und Antisemitismusforschung interpretierten die Vorfälle dabei als Folge einer bewussten Gleichsetzung von Israelkritik und Judenhass durch Vertreter Israels und des Judentums.⁵⁰⁵¹ Gemessen an den Zahlen von Juden, die nach Israel ziehen, gibt es in Deutschland jedoch keine Massenauswanderung wie etwa in Frankreich, wo die Regierung seit Jahren mit Judenhass in der Gesellschaft zu kämpfen hat.⁵²

Mediale Darstellung

Wechselseitige Anschuldigungen einer tendenziösen Berichterstattung sind symptomatisch für eine vereinfachte Darstellung Israels und des Konflikts in vielen europäischen Medien. Insbesondere die Berichterstattung des britischen Sendeanstalt BBC sah sich anlässlich des diesjährigen Gaza-Krieges weitreichender Kritik ausgesetzt: Die öffentlich-rechtliche Sendeanstalt musste zugeben, bei mehreren Sendungen die politische Agenda von israelischen Kommentatoren nicht als solche kenntlich gemacht zu haben oder Opferzahlen von Israelis mit mehr Relevanz behandelt zu haben als die von Palästinensern.⁵³

Einer neuen Studie von Linguisten der TU Berlin zufolge wird Israel in den deutschen Medien jedoch häufiger und schärfer kritisiert als jedes andere Land.⁵⁴ Doch auch die palästinensische Seite leidet unter einseitigen Verallgemeinerungen: So setzte ZDF-Korrespondent Stephan Hallmann die Terrorereinheiten von Hamas und des Islamischen Dschihad mit der Zivilbevölkerung der Palästinenser gleich: Als die Hamas am 28. August 2014 dem dauerhaften Waffenstillstand mit Israel zustimmte, nannte er als Grund: „Die Palästinenser haben keine Bomben.“ Dazu bezeichnete er die „Entwaffnung der Palästinenser“ als Langzeitziel Israels.⁵⁵

Am selben Tag stellte auch Spiegel Online die Bewohner von Gaza als Kriegspartei da. Der Vorspann auf der spon.de-Hauptseite lautete „Im Gaza-Streifen jubeln Tausende auf den Straßen – und feiern sich als Sieger“. Erst im Artikel

46 Tagesspiegel, „Berlins Polizei kuschelt vor Juden-Hassern“, <http://www.tagesspiegel.de/meinung/antisemitismus-bei-gaza-demo-in-berlin-berlins-polizei-kuschelt-vor-juden-hassern/10226896.html> [17.9.2014].

47 Tagesspiegel, „Berlin – Kundgebung am Brandenburger Tor. Steh auf! Nie wieder Judenhass!“, <http://www.tagesspiegel.de/politik/berlin-kundgebung-am-brandenburger-tor-steh-auf-nie-wieder-judenhass/10679620.html> [17.9.2014].

48 Tagesschau, „Regierung kritisiert Anti-Semitismus auf Gaza-Demos“, <http://www.tagesschau.de/inland/gaza-demonstrationen-100.html> [17.9.2014].

49 Deutsche Welle, „Stimmung gegen Israel kippt“, <http://www.dw.de/stimmung-gegen-israel-kippt/a-17799563> [17.9.2014].

50 Deutschlandfunk, „Wer hat uns das denn eingebrockt?“, http://www.deutschlandfunk.de/anti-israelische-proteste-wer-hat-uns-das-denn-eingebrockt.694.de.html?dram:article_id=292408 [17.9.2014].

51 Taz, „Forscher über Antisemitismus. Hitler steht nicht wieder vor der Tür“, <http://www.taz.de/!142921/> [17.9.2014].

52 Der Spiegel, „Jüdische Einwanderer in Israel: Ihr sollt nie mehr heimatlos sein!“, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/antisemitismus-juden-aus-frankreich-fluechten-nach-israel-a-985525.html#ref=plista> [17.9.2014].

53 BBC, „Editorial Standards Findings: Appeals to the Trust and other editorial issues considered by the Editorial Standards Committee“, http://downloads.bbc.co.uk/bbc/trust/assets/files/pdf/appeals/esc_bulletins/2013/feb.pdf, 21, [17.9.2014].

54 Stern, „Die Mär von der verbotenen Israelkritik“, <http://www.stern.de/politik/deutschland/israel-in-den-medien-die-maer-von-der-verbotenen-israelkritik-2128173.html> [18.9.2014].

55 ZDF Heute Journal, 28.8.2014.



selbst wird deutlich, dass die Hamas sich zum Sieger des Konflikts erklärt hatte⁵⁶ und nicht die Zivilbevölkerung, die Schätzungen der Vereinten Nationen zufolge mehr als 2100 Tote, darunter fast 500 Kinder, zu beklagen hatte.⁵⁷

Israel selbst kritisiert die Zahlen der UN als unzuverlässig und einseitig,⁵⁸ dennoch sieht sich die Regierung Netanjahu auch bei europäischen Politikern zunehmend offener Kritik ausgesetzt. Zwar stellt sich Deutschland weiterhin seiner historischen Verantwortung gegenüber dem Judenstaat - Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte Israels „Recht auf Selbstverteidigung“⁵⁹. Allerdings ist die schottische Regierung mit ihrer Forderung nach einem Waffenembargo Israel nicht allein: Nicht nur verurteilte Frankreichs Präsident Hollande das „Massaker“ in Gaza.⁶⁰ Am 13. Oktober 2014 stimmte das britische Parlament mit einer Mehrheit von 274 zu 12 Stimmen für die Anerkennung des Staates Palästina.⁶¹ Zwar ist diese Entscheidung für die Regierung Großbritanniens nicht bindend, doch hatte die Abstimmung eine weitreichende Signal- und Symbolwirkung: Die israelische Zeitung „Haaretz“ sprach gar vom „roten Warnlicht an Israel“.⁶² Weniger als zwei Wochen später hat Schweden offiziell den Staat Palästina anerkannt und schließt sich damit Island sowie den EU-Mitgliedern Bulgarien, Zypern, Tschechien, Ungarn, Polen, Rumänien und Malta an.⁶³

56 Der Spiegel, „Gaza: Palästinenser jubeln über unbefristete Waffenruhe“, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/gaza-streifen-jubel-ueber-unbefristete-waffenruhe-in-israel-a-988262.html> [17.9.2014].

57 Vereinte Nationen, „OCHA – Gaza Emergency Situation Report“, <http://unispal.un.org/UNISPAL.NSF/0/2D2D273FE8263F6785257D3A006612DF> [20.9.2014].

58 Frankfurter Allgemeine Zeitung, „Waffenruhe Im Gaza-Konflikt. Hamas sieht sich als Sieger“, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/naher-osten/waffenruhe-im-gaza-konflikt-hamas-sieht-sich-als-sieger-13120097.html> [20.9.2014].

59 Frankfurter Allgemeine Zeitung, „Zahl der Toten im Gaza-Streifen steigt auf über 300“, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/naher-osten/nahost-konflikt-zahl-der-toten-im-gazastreifen-steigt-auf-ueber-300-13053866.html> [20.9.2014].

60 BBC, „Gaza-Conflict: France condemns Israel 'massacre'“, <http://www.bbc.com/news/world-europe-28637577> [20.9.2014].

61 Parliament, „MPS debate Israel and Palestine“, <http://www.parliament.uk/business/committees/committees-a-z/commons-select/backbench-business-committee/news/mps-debate-palestine-and-israel/> [20.09.2014].

62 Haaretz, „U.K. Vote: A symbolic gesture to the Palestinians – a red warning light to Israel“, <http://www.haaretz.com/news/diplomacy-defense/.premium-1.620828>, [20.09.2014].

63 Al Jazeera, „Sweden recognises state of Palestine“, <http://www.aljazeera.com/news/europe/2014/10/sweden-recognises-state-palestine-2014103084649277571.html> [20.09.2014].



DER ISRAELISCH-PALÄSTINENSISCHE KONFLIKT

DIE LEERE REIST MIT ZURÜCK

VON LEON HANSER

Wer Israel verstehen will, muss es besuchen. Und wird trotzdem scheitern. Ein persönlicher Reisebericht mit hoffnungsvollem Ausgang.

Ich bin in einem kleinen Winzerdorf im Breisgau aufgewachsen. Meine erste politische Erinnerung war ein Interview mit einem drolligen Mann namens Gerhard Schröder in der ZDF-Kindersendung „logo“. Von meiner ersten Fahrt über eine ausländische Grenze habe ich nichts mitbekommen. Kein Stacheldraht, keine Kontrollen. Ich habe noch nie eine Waffe in der Hand gehalten. Ich bin gewaltfreie Konfliktaustragung, politischen Konsens und Frieden gewohnt.

In Israel ist das alles anders. Das war die erste Erkenntnis, die mir in den Sinn kam, als ich aus der kühlen Halle des Flughafens von Tel Aviv in die Sonne trat und zwei junge Soldatinnen mit rotem Lippenstift und Maschinengewehren sah. Eine schrecklich banale Einsicht zwar, aber trotzdem eine intensive. Natürlich hatte ich mich zuhause am Schreibtisch auf unsere Reise vorbereitet. Hatte Zeitungsartikel und Fachliteratur gelesen und mich mit der aktuellen politischen Lage auseinandergesetzt. Zionismus, Landstreit, Intifada und Abu Mazen waren mir bekannte Begriffe. Ich wusste auch, dass Israel acht Millionen Einwohner hat und an seiner schmalsten Stelle nur 15 Kilometer misst. Dass seine Außenpolitik weltweit in der Kritik stand und der Nahost-Konflikt eine verflucht komplizierte Angelegenheit war. Was ich nicht wusste: Das alles bleibt recht nutzloses Wissen, wenn man noch nie einen Fuß in dieses Land gesetzt hat. Sehen und Verstehen hängen schließlich zusammen. So dachte ich jedenfalls.

Die eine Seite

Yad Vashem liegt auf einem Hügel Jerusalems. Im Innern der zentralen Holocaust-Gedenkstätte ist es düster. Doch nicht das dämmerige Licht sorgt für ein bedrückendes Gefühl. Die Bilder, Ausstellungsstücke und Kurzfilme erzählen die Geschichte eines Volkes, das die Welt nicht mehr haben wollte. Das völlig allein gelassen wurde und beinahe vor den Trümmern der eigenen Existenz stand. Am Ende der Ausstellung führt der Weg den Besucher auf einen Balkon. Das helle Sonnenlicht blendet kurz, von unten verdrängen hupende Taxis und das monotone Brummen der Stadt die bleierne Stille des Museums. Der krasse Gegensatz von Vergangenheit und Gegenwart lässt erahnen, welche Lehren der jüdische Staat aus dem Holocaust zog: Nie wieder. Nie wieder so verwundbar, schwach und aller Selbstbestimmung beraubt. Kann ich als mitteleuropäischer ehemaliger Zivildienstleistender eine Gesellschaft verstehen, deren verbindende Erfahrung die gemeinsame gefährdete Existenz ist? Kann ich nachvollziehen, wie sich ein Land und seine Bürger entwickeln, die seit Gründung des Staates Israel mit ihrer Umwelt im Krieg stehen? Welche Politik Menschen machen, die im Glauben aufwachsen, es gebe nur ein „entweder sie oder wir“? Ich kann es nicht. Denn Europa hat den Krieg Gott sei Dank verlernt. Aber wie sollen wir Israel begegnen? Und wie seinen „Feinden“?

Die andere Seite

Ich bekomme in Hebron zum ersten Mal ein Gespür für die Lage der Palästinenser. Die Stadt liegt im Westjordanland und offenbart im Kleinen die großen Probleme des Landes. Hier führen israelische Siedler einen privaten Stellungskrieg gegen die palästinensischen Einwohner. Sie errichten Siedlungen innerhalb der Stadt, welche von der israelischen Armee geschützt werden und für die ehemaligen Bewohner Sperrgebiet sind. Von hier aus versuchen die Siedler, weitere Gebiete zu erobern. Wir laufen durch eine kleine Gasse voller Marktstände und freundlich aufdringlichen Händlern. Über uns trägt ein Gitternetz Steine und Flaschen, mit denen Siedler aus ihren Häusern heraus die Menschen auf der Straße bewerfen. In den für Palästinenser gesperrten Gebieten verkündigen bunte Transparente die Botschaft „Palestine never existed. And never will.“ Ein Mann mit Kippa und Rauschebart herrscht uns an, wir sollen ruhig kommen und sehen, wie es in Hebron steht: „Ihr Europäer konntet uns vor 70 Jahren nicht vernichten und jetzt wollt ihr es zu Ende bringen!“ Hier verbarrikadieren Palästinenser ihre Balkone mit Gittern, um sich vor Steinen und



Hass zu schützen. Im Sommer 2014 wurden in Hebron drei jüdische Religionsschüler entführt, getötet und im Sand verscharrt. Der blutige Startschuss für den jüngsten Gaza-Krieg.

Was denkt ein Volk, dem man die eigene Existenz abspricht? Wie lange bleiben Väter ruhig, deren Frauen und Kinder aus ihren Häusern vertrieben, bespuckt und beleidigt werden? Wie bringt man Menschen zusammen, die nur in der Vertreibung des Anderen die einzige Chance auf Frieden sehen? Ich weiß es nicht. Da geht es mir genauso wie den Menschen hier.

Was wiegt schwerer? Eben.

Und so hinterlässt meine kurze Zeit in Israel eine Leere in mir. Ich habe versucht, sie mit Wissen über den Konflikt, Land und Leute zu füllen. Die Begegnung mit Juden und Palästinensern, die Besichtigung der Sperranlagen im Westjordanland und der Raketenbunker in Sderot haben mir natürlich geholfen, Verständnis zu entwickeln. Dennoch kann ich mir keine klare Meinung bilden. In meinem Kopf bleibt eine Leerstelle, wo sich eine Position zu diesem Konflikt befinden sollte. Was ist ungerechter: Menschen als Schutzschilde für Waffendepots zu benutzen oder den Tod dieser Menschen in Kauf zu nehmen, wenn man diese Depots bombardiert? Was wiegt schwerer: die Vergangenheit um keinen Preis wieder Realität werden zu lassen oder die Durchsetzung eigener Ziele durch Terror und Angst? Eben.

Und somit bleibt nur eins: wieder nach Israel reisen. Wieder mit Menschen sprechen, wieder Anteil nehmen an ihrem Schicksal, am Leid auf beiden Seiten. Diejenigen Kräfte stärken, die sich aller Vorurteile zum Trotz für den Dialog einsetzen. Mit der Geschichte Europas werben, ohne sich dabei moralisch oder politisch überlegen zu fühlen. Und schließlich - so naiv es klingt - an das Gute glauben. Der Slogan der Friedensorganisation „Tent of Nations“ lässt erahnen, was ich damit meine: „We refuse to be enemies.“ Man wünscht sich eine Realität, die so einfach wie dieser Satz ist. Es wäre ein Anfang, der die Leere in meinem Kopf endlich füllen könnte. Mit Freude darüber, dass die tollen Menschen in diesem großartigen Land endlich in Frieden miteinander leben können.



AUSGEWÄHLTE FRIEDENSINITIATIVEN IN ISRAEL UND DEN PALÄSTINENSISCHEN GEBIETEN

VON GREGOR PETER

Im Zusammenhang der episodentartig wiederkehrenden kriegerischen Auseinandersetzungen der vergangenen 50 Jahre in Israel und den palästinensischen Gebieten (PG) erscheint der Begriff der Friedensinitiativen geradezu als Oxymoron. Während Polens *Solidarnosc*, die Wiedervereinigung Deutschlands oder Persönlichkeiten wie Mahatma Gandhi oder Nelson Mandela als Denkmäler der Friedensbewegungen wiegen, mangelt es im Nahen Osten offenkundig an einem Äquivalent.

In Anbetracht der verzweifelt anmutenden Situation lassen sich nichtsdestotrotz aktuell rund 100 Organisationen finden, die sich in Israel und den PG für eine friedliche Lösung des Konfliktes einsetzen.⁶⁴ In Israel hat die Friedensbewegung spätestens seit Ende der 1970er Jahre unter Antrieb von *Shalom Achshav* („Peace Now“) eine gewisse Tradition. Deren Entstehung, Blütezeit und schließlich seit Ende der 1980er Jahre wieder abnehmenden Einfluss behandelt der erste Abschnitt dieses Artikels. Ferner werden Initiativen aus der jüngeren Vergangenheit vorgestellt, die aus Grassroots-Bewegungen hervorgegangen sind und teilweise auch in Kooperation mit Palästinensern betrieben werden. Vervollständigt wird der Beitrag durch die Beschreibung einer christlichen sowie zwei palästinensischen Initiativen.

Die Friedensbewegung in Israel

Im historischen Kontext lässt sich die Entwicklung der Friedensbewegung in Israel anhand zweier Wendepunkte festmachen. Es war die Zeit zwischen dem Friedensschluss mit Ägypten 1977/78 und dem Libanon-Krieg 1982, welche die Friedensbewegung unter Anführung von *Peace Now* erst populär machte und allmählich den Fokus von den Spannungen zwischen Israel und den umliegenden arabischen Staaten auf den Konflikt mit den Palästinensern lenkte.⁶⁵ Unstimmigkeiten über die Positionierung während der ersten Intifada und des Golfkrieges 1990/91 leiteten schließlich den langsamen Abstieg der Friedensbewegung ein.

Die erste Friedensinitiative, die hier jedoch ihre Erwähnung finden soll, war bereits während der britischen Mandatszeit aktiv. Die Organisation *Brit Shalom* („Friedensbund“), zu dessen Führung beispielsweise auch der jüdische Philosoph Martin Buber gehörte, setzte sich nach ihrer Gründung 1925 innerhalb der zionistischen Bewegung für die kontroverse Position eines Einheitsstaates ein, in dem das jüdische und palästinensische Volk gleichberechtigt hätten leben sollen. Im Zuge der arabisch-jüdischen Unruhen im Vorfeld der Staatsgründung Israels 1948 wurde die Idee einer Einstaatenlösung auf beiden Seiten jedoch zusehends als undenkbar angesehen. Gleichzeitig wurde *Brit Shalom* in zionistischen Kreisen aufgrund ihrer pro-palästinensischen Haltung scharf kritisiert und verachtet.⁶⁶

Die Friedensverhandlungen mit Ägypten 1977/78 stellten wie schon angedeutet eine Zäsur in der Entwicklung der Friedensbewegung dar. Vor dem Hintergrund einer kriegsmüden Gesellschaft verfasste eine Gruppe von Reserveoffizieren und Jom Kippur-Kriegsveteranen einen offenen und emotionalen Brief an Begin, der ihn aufforderte, in den Verhandlungen eine moderatere Position einzunehmen.⁶⁷ Aus dieser Initiative heraus entwickelte sich mit *Peace Now*

64 Vgl. Peace Direct, „Israel and the Occupied Palestinian Territories: Peacebuilding Organisations“, <http://www.insightonconflict.org/conflicts/israel-palestinian-territories/peacebuilding-organisations/> [01.09.2014].

65 Vgl. Ulrike Wolff-Jontofsohn, *Friedenspädagogik in Israel. Beiträge nichtstaatlicher Gruppen zur Bewältigung gesellschaftlicher und politischer Konflikte*, Freiburg, 1999, 151-52.

66 Vgl. Mordechai Bar-On, „Chancen für den Frieden“, in Hajo Funke (Hrsg.), „Frieden jetzt“. Geschichte und Arbeit israelischer Friedensgruppen, Frankfurt am Main 1989, 50; Hermann, Tamar, *The Israeli Peace Movement: A Shattered Dream*, Cambridge, 2009, 74-76 und Rolf Rendtorff, „Vorläufer und Warner“, in Hajo Funke, Hajo (Hrsg.), „Frieden jetzt“. Geschichte und Arbeit israelischer Friedensgruppen, Frankfurt am Main, 1989, 94-99.

67 Vgl. Peace Now, „The Officers' Letter - March 1978“, <http://peacenow.org.il/eng/content/officers-letter-march-1978> [01.09.2014].



die bis dato größte israelische Friedensinitiative⁶⁸: Bereits drei Wochen nach dem Brief versammelten sich auf der ersten großen Demonstration der Bewegung in Tel Aviv über 40.000 Menschen.⁶⁹

Ob die Aktionen von *Peace Now* schließlich dazu beigetragen haben, Begin zu einem Abrücken von den ursprünglichen Forderungen in den Verhandlungen zu bewegen und damit die Voraussetzungen zum Frieden mit Ägypten mit zu schaffen, bleibt Spekulation.⁷⁰ Offenkundig ist aber, dass es *Peace Now* in dieser Zeit gelang, die israelische Öffentlichkeit zu mobilisieren und somit die Friedensbewegung auf eine breitere gesellschaftliche Basis zu stellen.⁷¹

Gleichzeitig rückten zunehmend der Konflikt mit den Palästinensern und dabei insbesondere die Siedlungspolitik in den Mittelpunkt.⁷² Für *Peace Now* beispielsweise lag (und liegt weiterhin) neben den wirtschaftlichen und militärischen Herausforderungen, die aus der fortwährenden Besiedlung der besetzten Gebiete resultieren, der Hauptkritikpunkt darin, dass mit den Siedlungen die Wahrscheinlichkeit wachse, dass Israel zukünftig ein Gebiet mit einem höheren Anteil an nicht-jüdischer Bevölkerung verwalten müsse, womit der jüdische Charakter des Staates in Gefährdung geriete. Vor diesem Hintergrund wurde 1990 das Projekt *Settlement Watch* ins Leben gerufen, das die Bauaktivitäten im Westjordanland beobachtet und dokumentiert.⁷³

Wie einleitend angeführt, haben *Peace Now* und die israelische Friedensbewegung im Ganzen seit Ende der 1980er Jahre jedoch zunehmend an Bedeutung verloren. Cornelia Roeder, die 2009 in Israel zur Friedensbewegung forschte und mit diversen Vertretern Interviews führte, begründet dies im Falle von *Peace Now* zum einen mit den Ereignissen der ersten Intifada und des Golfkrieges 1990/91. Die Gruppe stand vor der Herausforderung, in ihrer Positionierung Bilder von Saddam Hussein sympathisierenden Palästinensern, welche die Einschläge der Scud-Raketen in Israel feierten, mit jenen von gewaltsamen Übergriffen auf Palästinensern in Einklang zu bringen. Den inneren Zwistigkeiten folgten die abnehmende politische Unterstützung durch das linke Spektrum sowie eine fehlende Schärfung des ideologischen Profils. Im Allgemeinen können weitere Gründe herangeführt werden, welche nicht nur den abnehmenden Einfluss von *Peace Now*, sondern der israelischen Friedensbewegung insgesamt erklären: Hierzu zählen ein abnehmender Impuls der internationalen Friedensbewegung nach Ende des Kalten Krieges, der stabile Frieden bzw. Waffenstillstand mit drei der vier arabischen Anrainerstaaten, ein relativ gefestigter Konsens der Gesellschaft, der sich pro Siedlungen ausspricht und ferner seit dem Scheitern der Friedensbemühungen in den 1990er Jahren bzw. der zweiten Intifada die zunehmende Frustration der Gesellschaft, dass eine Einigung mit den Palästinensern kaum möglich erscheint, mit der Folge des Arrangierens mit dem Status Quo.⁷⁴ Ungeachtet dessen stellt *Peace Now* weiter die größte Friedensinitiative dar. Aktuell werden neben dem *Settlement Watch*, noch weitere Projekte betrieben.⁷⁵

68 Vgl. John Bunzl, *Israel im Nahen Osten. Eine Einführung*. Wien, Köln, Weimar, 2008, 177 und Ehud Sprinzak, *Brother Against Brother. Violence and Extremism in Israeli Politics from Altalena to the Rabin Assassination*, New York, 1999, 230.

69 Vgl. Mordechai Bar-On, *In pursuit of peace. A history of the Israeli peace movement*, Washington, DC, 1996, 102.

70 Es wird berichtet, dass Begin in einem Brief an den israelischen Schriftsteller Amos Oz erwähnt, wie er sich während der Verhandlungen in Camp David an die *Peace Now* Demonstrationen erinnert hätte. Vgl. Mordechai Bar-On, *In pursuit of peace. A history of the Israeli peace movement*, Washington, DC, 1996, 112-13.

71 Befeuert durch die Ereignisse während des Libanon-Krieges 1982, entstanden etliche weitere Initiativen wie „Komitee gegen den Krieg im Libanon“, „Eltern gegen das Schweigen“ (Eltern von SoldatInnen, die im Libanon im Einsatz waren), „Pfad zum Frieden“ (Netivot Shalom – orthodoxe Gegenbewegung zur Siedlungspolitik), das „Internationale Zentrum für Frieden im Nahen Osten“ sowie „Es gibt eine Grenze“ (Yesh Gvul). Vgl. Mordechai Bar-On, „Chancen für den Frieden“, in Hajo Funke (Hrsg.), „Frieden jetzt“. Geschichte und Arbeit israelischer Friedensgruppen, Frankfurt am Main 1989, 46-49.

72 Bereits vor 1977 gab es intellektuell geprägte Gruppierungen, die hinsichtlich des Palästinenser-Konfliktes bzw. der Siedlungen in den Gebietsbesetzungen aktiv waren. Der „Israelische Rat für einen israelisch-palästinensischen Frieden“ setzte sich beispielsweise schon ab 1975 für eine Zweistaaten-Lösung ein, sorgte aber durch ein Treffen mit der PLO (die damals nach vorherrschender Meinung als Terrororganisation galt) auch für einen Eklat. Vgl. Mordechai Bar-On, *In pursuit of peace. A history of the Israeli peace movement*, Washington, DC, 1996, 86 und Ulrike Wolff-Jontofsohn, *Friedenspädagogik in Israel. Beiträge nichtstaatlicher Gruppen zur Bewältigung gesellschaftlicher und politischer Konflikte*, Freiburg, 1999, 153

Als religiöse Gegenbewegung zur nationalreligiösen Siedlerinitiative Gush Emunim („Block der Getreuen“) sei hier als Beispiel Oz ve Shalom („Kraft und Frieden“) genannt. Vgl. Cornelia Roeder, *Peace Now-Friedensbemühungen in Israel - Eine Analyse der Friedensbewegung Peace Now an Hand des Pyramidenmodells nach John Paul Lederach*, Wien, 2011, 31.

73 Vgl. *Peace Now*, „Settlements, Outposts, & Israeli Security“, <http://peacenow.org.il/eng/content/settlements-outposts-israeli-security> [01.09.2014].

74 Vgl. Cornelia Roeder, *Peace Now-Friedensbemühungen in Israel - Eine Analyse der Friedensbewegung Peace Now an Hand des Pyramidenmodells nach John Paul Lederach*, Wien, 2011, 105-109; The Israel Democracy Institute, „Peace Index March 2008“, <http://www.peaceindex.org/indexMonthEng.aspx?num=17> [01.09.2014]; The Israel Democracy Institute, „Peace Index October 2010“, <http://www.peaceindex.org/indexMonthEng.aspx?num=198> [01.09.2014].

75 Beispielsweise das Israeli Student Campus Project, welches sich an israelische Studierende richtet und durch Konfliktlösungsseminare, Diskussionen sowie Fahrten nach Ostjerusalem bzw. in das Westjordanland, den Dialog zwischen jungen Israelis und Palästinensern fördern soll. Vgl. *Peace Now*, „Who we are“, <http://peacenow.org.il/eng/content/who-we-are> [01.09.2014].



Zu den Friedensgruppen der jüngeren Grassroots-Bewegungen gehört die Gruppe *Machsom Watch* (*Checkpoint-Watch*), die 2001 als Gegenreaktion zur stärkeren Abriegelung der PG im Zuge der zweiten Intifada hervorgegangen ist. Diese eher frauendominierte Organisation kritisiert vor allem die durch die Besatzung hervorgerufene eingeschränkte Bewegungsfreiheit der Palästinenser. Schwerpunkte der Aktivitäten sind – wie vom Namen schon abgeleitet werden kann – die Beobachtung, Dokumentation und Aufbereitung der Geschehnisse an den Checkpoints zwischen Israel und dem Westjordanland.⁷⁶

Ebenfalls in der Kategorie der Graswurzelbewegungen anzusiedeln ist die Initiative *Breaking the Silence*. Die Bewegung wurde 2004 von Veteranen gegründet, die eine Plattform suchten, um von den Vorkommnissen während der militärischen Einsätze in den besetzten Gebieten und den resultierenden Eindrücken berichten zu können. Ihre Arbeit drückt eine Kritik an der Gesellschaft aus, welche die moralisch oft zweifelhaften Geschehnisse, welche die militärisch aktive Zeit der Soldaten in den PG prägen, verdrängt. Um sprichwörtlich diese tabubehaftete Stille zu brechen, wurde mit *Breaking the Silence* ein Plenum ins Leben gerufen, das den Soldaten auf anonyme Weise erlaubt, ihre Erfahrungen zu schildern und die israelische Gesellschaft auf die problematischen Aspekte der Besatzung zu sensibilisieren.⁷⁷

Christliche Friedensinitiativen in Israel

In den 1960er Jahren siedelten sich im westlichen Galiläa eine Handvoll niederländischer, schweizer und deutscher Christen an und gründeten das Dorf *Nes Ammim*, übersetzt „Zeichen für die Völker“, woraus sich auch die Intention der Gruppe ableitet – gegenüber dem Judentum im Schatten von Verfolgung und des Holocausts ein Zeichen des Trostes und vor allem der Versöhnung zu setzen. In den folgenden Jahrzehnten entwickelte sich das Dorf in eine kibbutzähnliche Gemeinde, die neben Gästen und Volontären aus Deutschland mittlerweile auch von jüdischen und arabischen Familien bewohnt wird. Fußend auf die christliche Prägung sieht sich Nes Ammim aber als „neutralen“ Ort an, der dem jüdisch-arabischen Dialog dienen soll. In diesem Zusammenhang wurde das *Center of Learning and Dialogue for Peace (CLDP)* eingerichtet, das beiden Bevölkerungsgruppen, beispielsweise durch Seminare oder gemeinsamen Aktionen, die Möglichkeiten der Verständigung näherbringen soll.⁷⁸

Israelisch-Palästinensische Friedensinitiativen

In dieser Kategorie sind *Combatants for Peace* („Kämpfer für den Frieden“) hervorzuheben, deren Aktivisten sich einst entweder als israelische Soldaten oder palästinensische „Widerstandskämpfer“ im Rahmen der gewalttätigen Auseinandersetzungen beider Seiten gegenüber standen. Die Motivation der Partizipation an einer gemeinsamen Friedensinitiative beruht auf dem Ziel der Versöhnung und Verständigung als ein Mittel und einen Weg zum Frieden. Beruhend auf ihrer eigenen positiven Erfahrung veranstaltet die Gruppe hierzu Treffen zwischen israelischen Veteranen und ehemaligen palästinensischen Kämpfern.⁷⁹

Friedensinitiativen in den palästinensischen Gebieten

Das *Center for Applied Research in Education* ist eine Institution in den PG, das seinen Schwerpunkt vor allem im Bereich der Bildung legt. Bereits im Jahre 1989 von einer Gruppe Intellektueller gegründet, gehört das Projekt in den PG zu den Älteren seiner Klasse.

Die Initiative sieht einen Hauptgrund des anhaltenden Konfliktes darin, dass generationsübergreifend Menschen die Bildungsmöglichkeiten verwehrt geblieben sind, die notwendig gewesen wären, um ein Bewusstsein für die Gesamtsituation sowie Sensibilität für das Selbstverständnis der anderen Partei zu entwickeln. Die Aktivitäten der Organisation richten sich dabei an das ganze Spektrum des Bildungsbereiches von Lehrern, Schülern bis zu deren Eltern. Im Rah-

76 Vgl. Machsom Watch, <http://www.machsomwatch.org/en/about-us> [01.09.2014].

77 Vgl. Breaking the Silence, <http://www.breakingthesilence.org.il/about/organization> [01.09.2014].

78 Vgl. Nes Ammim, <http://www.nesammim.org/de/component/content/article/55.html> [01.09.2014].

79 Vgl. Combatants for Peace, http://cfpeace.org/?page_id=2 [01.09.2014].



men von Lehrer-Fortbildungen wird beispielsweise durch Methodenvermittlung versucht, wesentliche Grundsätze von Demokratie und Menschenrechten in der Unterrichtskultur zu verankern.⁸⁰

Bei der Friedensinitiative *Tent of Nations* (ToN) – von einer Familie palästinensischer Christen geleitet, und in den Bethlehemern Bergen gelegen – handelt es sich um ein in eine Farm integriertes Begegnungszentrum, mit dem Ziel der Verständigung, Versöhnung und des Friedens zwischen Menschen, Kulturen und Völkern. Die Hauptbotschaft des Zentrums findet sich bereits am Eingangstor - in Stein gemeißelt und in mehreren Sprachen (Arabisch, Hebräisch, Deutsch, Englisch) verfasst: *We refuse to be enemies* – „Wir weigern uns, Feinde zu sein“.

Das Projekt richtet sich vor allem an junge Menschen verschiedenster Herkunft, mit dem Ziel in Workshops, Sommer-Camps und Austauschprogrammen mit internationalen Partnern friedliche Verständigung und Toleranz zu vermitteln. Zu betonen ist aber vor allem das Engagement im Bereich Frauenarbeit. Dieses besteht beispielsweise aus Computer- und Englischkursen und ist darauf abgezielt, die Rolle der Frau in der palästinensischen Gesellschaft zu stärken.⁸¹

Das Tent of Nations operiert dabei unter schwierigen Bedingungen: Hinsichtlich der Frauenarbeit sieht sich die Initiative der Skepsis der muslimisch und konservativ geprägten palästinensischen Gesellschaft ausgesetzt. Gleichzeitig bildet einer der Streitpunkte des Nahostkonfliktes, nämlich die ungeklärten Eigentumsverhältnisse im Westjordanland, einen Teil der Lebenswirklichkeit der Familie ab, wodurch sie sich seit rund 20 Jahren im Rechtsstreit mit dem obersten israelischen Gerichtshof befindet. In diesem Kontext gerät die Friedensinitiative auch durch radikale Siedler unter Druck (ausgerissene Olivenbäume, Errichtung von Straßensperren). Versuche, eine Straße durch die Ländereien zu bauen, wurden aber durch israelische Gerichte verhindert.⁸²

Nichtsdestotrotz gibt es auch unerwartete positive Erlebnisse, welche die Hoffnungen auf eine friedliche Koexistenz beider Seiten bestärken. Anekdotisch wird berichtet, dass einzelne Siedler, die gar nicht von der Farm gewusst hätten, beim Erkunden der Gegend zufällig auf diese gestoßen wären und im Laufe von mehreren Besuchen eine freundschaftliche Beziehung zu der Familie aufgebaut hätten.⁸³

Fazit

Ein Bericht über Friedensinitiativen in Israel und den palästinensischen Gebieten klingt angesichts der Ereignisse im Jahr 2014 zugegebenermaßen idealistisch. Doch das zuvor beschriebene Erlebnis zwischen israelischen Siedlern und Palästinensern beweist, dass das Licht der Liebe und des Friedens auch in den dunkelsten Stunden nicht erlischt. Es erhält die Hoffnung, dass in einem Publikationsband zum 100-jährigen Bestehen der deutsch-israelischen diplomatischen Beziehungen schließlich über den sensationellen Erfolg und Durchbruch jener Friedensbewegungen im Heiligen Land zu lesen sein wird.

80 Vgl. Center for Applied Research in Education, <http://www.care-palestine.com/about.html> [01.09.2014].

81 Vgl. Tent of Nations, <http://www.tentofnations.org/about/> [01.09.2014].

82 Beschreibung der Lage durch Fr. Nasser bei einem Besuch vor Ort. Vgl. auch: BBC, "The Christian family refusing to give up its Bethlehem hill farm" (by Daniel Silas Adamson), <http://www.bbc.com/news/magazine-27883685> [01.09.2014].

83 Die Anekdote beruht auf einer Erzählung von Frau Nasser.



ZWISCHEN ALLTAG UND AUSNAHMEZUSTAND IN SDEROT: EIN LEBEN UNTER RAKETENBESCHUSS

VON VIKTORIA KEMPF

Am 16. März 2014 besuchten wir als Stipendiatengruppe der Konrad-Adenauer-Stiftung im Rahmen eines Dialogseminars anlässlich des 50-jährigen Jubiläums zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel die Sha´ar HaNegev Schule in Sderot.

Allgemeines zu Sderot

Sderot liegt im Westteil der Negev-Wüste und ist nur wenige Kilometer vom Gaza-Streifen entfernt. Die Stadt hat etwa 20.000 Einwohner und zählt zu den ärmeren Städten Israels. Die soziale Situation ist geprägt durch eine hohe Arbeitslosigkeit. Sderot wird seit Jahren vom Gaza-Streifen aus mit Qassam-Raketen beschossen, durchschnittlich etwa vier pro Tag. Deshalb ist die Stadt durchweg mit Bunkern ausgestattet, so dass sich jeder schnell in Sicherheit bringen kann, sobald der Alarm ertönt. Die Stadt ist mit einem sogenannten Frühwarnsystem ausgestattet, das in 80% der Fälle funktioniert. Ab Beginn des Alarms hat man circa 15 Sekunden Zeit, um sich in Sicherheit zu bringen. Für die Kinder gibt es spezielle Trainings, um zu gewährleisten, dass sie sich in einen Bunker am Spielplatz oder auf dem Schulhof retten können.⁸⁴

Unser Schulbesuch

Unser Schulbesuch begann damit, dass wir uns einen Bunker auf dem Schulhof ansahen. Diese Bunker sind wie die ganze Schule bunt gestaltet, was jedoch nicht völlig verdecken kann, zu welchem Zweck sie eigentlich gebaut sind. Dadurch, dass ab dem Alarm nur 15 Sekunden bis zum Einschlag der Rakete vergehen, sind diese jedoch für die Sicherheit der Schüler unerlässlich, wie uns erklärt wurde. Für Lehrer und Schüler gehört es zum Alltag, dass Raketen fallen. Ein Lehrer der Schule zeigte uns verschiedene Räumlichkeiten und organisierte ebenfalls, dass wir mit ein paar Schülern ins Gespräch kommen konnten. Gesprächsthemen wie Zukunftswünsche, Lieblingsfilme oder Hobbies waren schnell gefunden.

Außerdem wurde uns eine Präsentation über die Schule und ihre verschiedenen Aktivitäten gezeigt. Es gibt an der Sha´ar HaNegev Schule zahlreiche Arbeitsgemeinschaften, wie zum Beispiel einen Chor und ein Orchester, verschiedene Sportgruppen und Kunstgruppen, um den Schülern trotz der Raketen-Angriffe einen möglichst normalen Schulalltag zu bieten. Es gibt auch Austauschprogramme und Reiseangebote für die Schüler.

Die eine Frage, die zumindest mir im Kopf herumgeisterte, war, warum man ein solches Gebiet nicht einfach verlässt. Klar wurde jedoch, dass viele Menschen zu arm sind, um zu gehen oder nicht bereit sind, ihre Heimat aufzugeben.

Der Lehrer, der uns die Schule zeigte, erklärte uns, dass zwei Drittel der Schüler aufgrund ihrer Traumatisierung und der ständigen Angst vor weiteren Raketenangriffen in psychologischer Behandlung und Betreuung sind. Eine Situation, die man sich kaum vorstellen möchte bzw. kann und trotzdem merkte man den meisten Schülern nur wenig an. Sie erzählten uns von ihren Zukunftsplänen, von Studienwünschen in Beersheva oder Tel Aviv, Berufswünschen und Reiseplänen nach Deutschland oder in die USA.

Fazit

Der Eindruck, den wir von der Schule und von den Schülern erhielten, war durchweg positiv. Trotz der schwierigen Umstände, mit denen Schüler und Lehrer sich vor Ort arrangieren müssen, bietet die Schule einen sicheren Zu-

⁸⁴ Informationen zur politischen Bildung Nr. 278, Israel, 2008; Gisela Dachs, „Israel kurzgefasst“, 2013; Jörg Lau, „Sderot eine Stadt im Raketenhagel“, in: ZEIT online vom 13. Februar 2012.



fluchtsort. Außerdem wird alles dafür getan, den Schülern einen weitgehend normalen Alltag zu ermöglichen. Die Lehrer engagieren sich sehr für ihre Schüler und man merkt, dass Schüler und Lehrer ein gutes Verhältnis zueinander haben. Immer wieder wurde unser Lehrer von verschiedenen Schülern begrüßt und umarmt. Insgesamt herrschte ein lockerer Umgangston und auch uns gegenüber begegneten die Schüler sehr aufgeschlossen. Auch wenn wir nur kurz in der Schule waren, war es eine sehr bereichernde Erfahrung.



HEBRON – DIE GETEILTE STADT

VON GUNTER RIECK MONCAYO

Seit dem Fall der Mauer kann man in Berlin das Zusammenwachsen einer geteilten Stadt beobachten. Heute – ein knappes Vierteljahrhundert später – ist die alte Wunde, die sich durch die Stadt zog, kaum noch zu erkennen. Nur eine dezente Narbe ist geblieben, und wer sich in seinem Reiseführer schlau gemacht hat, erkennt diese als im Boden eingelassene doppelte Kopfsteinpflaster-Linie, die den alten Grenzverlauf markiert. Als Gastgeber in Berlin gehört die Frage, ob man sich denn nun gerade in Ost- oder West-Berlin befinde, ungebrochen zu den Dauerbrennern.

Ortswechsel – fast 3.000 km Luftlinie entfernt besuche ich Hebron, bin diesmal nicht Gastgeber, sondern Gast. Hebron ist die größte Stadt des Westjordanlandes (ohne Ost-Jerusalem), sie beherbergt der Überlieferung nach mit der letzten Ruhestätte der Erväter Abraham, Isaak und Jakob, dem Grab der Patriarchen, einen für Christen, Juden und Muslime heiligen Ort. Auch wirtschaftlich nimmt Hebron eine wichtige Rolle ein, erarbeitet es doch ca. ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes des Westjordanlandes.

Auf dem Markt im Zentrum von Hebron herrscht quirliges Treiben, Händler bieten lautstark ihre Waren an, von Lebensmitteln über Kleidung bis hin zu Dienstleistungen ist hier alles zu finden. Auch in den engen Gassen, die von der Hauptstraße abgehen, werden Waren feilgeboten. Hier fallen jedoch die Metallgitter auf, die nicht weit über den Köpfen die Gassen überspannen, sowie Abfall und Steine, die auf den Gittern liegen. Manche Gassen enden abrupt, sind zugemauert oder anderweitig gesperrt. Spätestens jetzt nimmt man auch die unzähligen Wachtürme auf den Häuserdächern wahr, von denen aus israelische Soldaten das Geschehen beobachten.

Plötzlich tauchen vor dem inneren Auge Bilder aus dem Geschichtsbuch auf, von den Gedenktafeln, die es im Berlin an vielen Orten gibt, von Wachtürmen und Grenzübergängen mitten in der Stadt. Hebron ist eine geteilte Stadt, und es lässt sich als Berliner gar nicht vermeiden, an die Heimatstadt zu denken.

Die Vorgeschichte der Teilung Hebrons ist eine Geschichte von Ereignissen, die gemeinhin als „Massaker“ bezeichnet werden; 1929 und 1980 waren insgesamt 73 Juden die Opfer, 1994 waren es 29 betende Muslime. Seit diesem tragischen Ereignis von 1994 ist die internationale Staatengemeinschaft in Hebron präsent, gemäß Selbstbezeichnung „temporär“. Es handelt sich dabei um eine unbewaffnete Beobachter-Truppe unter der Leitung Norwegens, die hofft, durch ihre Präsenz zur Befriedung der Lage beizutragen.

1998 einigten sich Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde schließlich auf die Teilung der Stadt in eine palästinensisch verwaltete Zone (H1) und eine israelisch verwaltete Zone (H2). Die Bewegungsfreiheit der palästinensischen Bewohner der Stadt ist seitdem stark eingeschränkt. Provisorisch wirkende Checkpoints, die tatsächlich aber schon viele Jahre stehen, mit Metalldetektoren, die immer dann piepen, wenn der Posten auf seinen Knopf drückt, kontrollieren die Passanten mehr oder weniger gründlich und sortieren aus.

Die Al-Shuhada-Straße, die eigentliche Hauptstraße im Zentrum Hebrons, ist für Palästinenser komplett gesperrt. Die zahlreichen Geschäfte entlang der Straße, die zum Grab der Patriarchen führt, sind geschlossen, eine Geisterstadt mitten in Hebron ist entstanden. Der Spaziergang in dieser Geisterstadt hat etwas unheimliches an sich und man muss ganz gewiss kein Berliner sein, um das Gefühl zu haben, dass dieser Zustand der Teilung unnatürlich ist und die Grenze mitten in der Stadt eine hässliche Wunde.

Einmal in der Woche kann man in Hebron einer ganz besonderen Stadtführung begegnen: die israelische Nichtregierungsorganisation *Breaking the Silence* bietet Interessierten ihren Blick auf die Stadt. Diese nicht unumstrittene Organisation ist ein Zusammenschluss vor allem ehemaliger israelischer Soldaten, die mithilfe von Erfahrungsberichten die Gesellschaft über die Aktivitäten der israelischen Streitkräfte in den palästinensischen Gebieten informieren und hierbei auch ganz bewusst auf Fehlverhalten aufmerksam machen möchte.



Der Besuch des geteilten Hebrons macht nachdenklich. Man denkt nach über gegenseitige Gewalt, über die eingangs erwähnten Metallgitter, die die Palästinenser angebracht haben, um sich vor den Siedlern über ihnen zu schützen, über die omnipräsenten Soldaten, die die Siedler schützen sollen. Man denkt nach über eine Lösung des Konflikts und ist nach dem Besuch der Stadt fast noch ratloser als zuvor.



DIE NATIONALRELIGIÖSE BEWEGUNG IN ISRAEL

VON KATRIN KAMPLING

Ursprung im Zionismus

Der Ursprung der nationalreligiösen Bewegung (auf Hebräisch „Datim Le'umim“) liegt in einem messianischen Verständnis des Zionismus, weshalb sie auch „religiöser Zionismus“ genannt wird.⁸⁵ Zionismus bezeichnet ursprünglich eine Ende des 19. Jahrhunderts in Reaktion auf den zunehmenden Antisemitismus in Europa entstandene jüdische Nationalbewegung. Diese hatte sich zum Ziel gesetzt, einen jüdischen Nationalstaat in Palästina – zu dieser Zeit Teil des Osmanischen Reichs – zu gründen. Der Name „Zionismus“ lehnt sich an das Wort „Zion“ an, das früh ein Synonym für Jerusalem wurde. Zwar wurde der Begriff 1890 vom Wiener Journalisten Nathan Birnbaum geprägt, federführend für den politischen Zionismus war jedoch der österreichische Journalist und Schriftsteller Theodor Herzl (1860-1904).⁸⁶ Dieser kam in seinem Buch „Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage“ (1896) zu dem Schluss, dass der Antisemitismus nicht verschwinden werde und der einzige Ausweg daher sei, einen eigenen Staat für die Juden zu gründen.⁸⁷ Es handelt sich beim politischen Zionismus also um eine im Kern säkulare Bewegung. Herzls Plan stieß bei orthodoxen Juden, insbesondere bei Rabbinern, auf Ablehnung, weil sich der Mensch ihrer Meinung nach damit anmaßte, was nur Gott zustehen konnte: die Rückführung des Volkes des Israeliten aus dem Exil (Hebräisch „Galut“) in das „Eretz Jisrael“ (Land Israel), das „Verheißene Land“.⁸⁸

Herzls Buch wurde zum Programm des politischen Zionismus. 1897 berief er den „Ersten Zionistenkongress“ in Basel ein und initiierte die Gründung der „Zionistischen Weltorganisation“ (ZWO), welche sich als Ziel die „Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina“ setzte.⁸⁹ Fünf Jahre später gründete sich die orthodox-zionistische *Mizrachi*-Bewegung (Akronym für Hebräisch „Merkas Ruhani“, „geistiges Zentrum“) innerhalb der ZWO. Sie machte sich stark für eine orthodoxe und kulturelle, also letztlich nationalreligiöse Deutung des Zionismus, gegen welche Herzl sich Zeit seines Lebens ausgesprochen hatte.⁹⁰ 1917 erkannte Großbritannien in der so genannten Balfour-Deklaration das Ziel einer „jüdischen Heimstätte“ in Palästina – zu diesem Zeitpunkt unter britischer Militärherrschaft – an. Dieses Ziel wurde auch Teil des Auftrags des britischen Völkerbundmandats für Palästina 1922. In den Folgejahren zogen langsam immer mehr zionistische Siedler in das Mandatsgebiet – 1925 waren es rund 108.000 Menschen, 1933 etwa 238.000 Menschen (und damit rund 20 Prozent der Bevölkerung).⁹¹ Danach flohen immer mehr Juden vor Nationalsozialismus, Judenverfolgung und Holocaust nach Israel. 1948 wurde Herzls Traum dann Wirklichkeit: Es kam zur Staatsgründung Israels.

Die nationalreligiöse Ideologie

Während also mit der Staatsgründung Israels der politische Zionismus sein Ziel erreicht hat, ist es damit für nationalreligiöse Israelis nicht getan. Denn für sie ist eines ganz klar: Es gibt einen religiös begründeten, unbedingten Gebietsanspruch auf die durch Israel besetzten palästinensischen Gebiete – also auf mehr als das international anerkannte Staatsgebiet Israels. Für Nationalreligiöse handelt es sich hier um das *Eretz Jisrael*, das „Verheißene Land“, welches ihrer Überzeugung nach einst von Gott den Israeliten versprochen wurde. Kurz: das biblische Galiläa, Judäa und Samaria.

85 Vgl. Henry Munson, Fundamentalism, in Encyclopaedia Britannica Online, <http://www.britannica.com/EBchecked/topic/1191955/fundamentalism> [31.08.2013].

86 Vgl. Gideon Kouts, „Zionism. The Word and its Meaning“, in Michael Berenbaum und Fred Skolnik (Hrsg.), Encyclopaedia Judaica, Detroit, 2007, Vol. 21, 540.

87 Vgl. Gisela Dachs, Israel kurzgefasst. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2010, 13.

88 Vgl. Munson: Fundamentalism.

89 Vgl. Dachs, Israel, 2010, 13-14.

90 Vgl. Itzhak Goldschlag, Mizrachi, in Michael Berenbaum und Fred Skolnik (Hrsg.), Encyclopaedia Judaica, Detroit, 2007, Vol. 14, 389.

91 Vgl. o.V.: Zionism, in Encyclopaedia Britannica Online, <http://www.britannica.com/EBchecked/topic/657475/Zionism> [03.09.2014].



Aus diesem Verständnis heraus ist die Besiedlung der palästinensischen Gebiete für Nationalreligiöse ein gottgegebener Auftrag, eine „Befreiung“ oder auch „Rettung“ des Landes. So gestehen sie auch keiner israelischen Regierung das Recht zu, Land an die Palästinenser zu übertragen, wie es beim Landtausch im Friedensprozess passieren würde. Sie verstehen das Westjordanland als rechtmäßig jüdisches Land, das nicht an Nicht-Juden gegeben werden kann. Das gilt insbesondere nach dem Sechstagekrieg 1967 und darauffolgender Besetzung der palästinensischen Gebiete durch Israel. Für viele religiöse Zionisten waren der militärische Erfolg Israels und die Besetzung Jerusalems und des Westjordanlandes der Beweis für den begonnenen Erlösungsprozess. Ein Beispiel für solche nationalreligiösen Siedler ist die radikale Bewegung *Gusch Emunim* („Block der Getreuen“), welche 1974 mit der Überzeugung gegründet wurde, dass erst eine vollkommene Besiedlung des Westjordanlandes auch den Erlösungsprozess beenden werde.⁹²

Solche Überzeugungen führen dazu, dass nationalreligiöse Israelis Tatsachen im Westjordanland schaffen. Sie bauen Häuser auf palästinensischem Gebiet, insbesondere auch in und um das palästinensische Ostjerusalem herum, und siedeln dort. Die Sperranlage, die Israel seit 2003 zwischen dem israelischen Staatsgebiet und den palästinensischen Gebieten errichtet, schneidet teils tief in das Westjordanland ein, um die israelischen Siedlungen einzuschließen – was einer De-facto-Annexion palästinensischer Gebiete gleichkommt. Nach Angaben der UN-Organisation OCHA werden nach Fertigstellung der Sperranlage etwa 85 Prozent dieser auf palästinensischem Gebiet liegen und insgesamt etwa 9,4 Prozent des Westjordanlandes – inklusive Ostjerusalem – einschließen.⁹³

Nationalreligiöse auf politischer Ebene

Lange Jahre war die *Nationalreligiöse Partei* (NRP, auf Hebräisch „Ha-Miflagah Ha-Datit Ha-Le'ummit“, kurz „Ha-Mafdal“) die Partei des Vertrauens für nationalreligiöse Israelis. Die NRP entstand 1956 aus einem Zusammenschluss der orthodoxen *Misrachi*-Partei (entstanden aus der gleichnamigen Bewegung) und der orthodoxen Arbeiterpartei *Ha-Po'el ha-Misrachi* („Arbeiter des Misrachi“) sowie kleineren religiösen Vereinigungen.⁹⁴ Sie nahm zwischen 1955 (in den ersten Jahren noch unter dem Namen *Nationalreligiöse Front*) und 2008 an insgesamt 13 Knesset-Wahlen teil. War die NRP ursprünglich eine moderate Partei, so kam es zu einer kontinuierlichen Radikalisierung religiösen und nationalistischen Gedankenguts innerhalb der Partei – insbesondere nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 und erneut nach dem Entstehen der radikalen Siedlerbewegung *Gusch Emunim* 1974, deren Gründungsmitglieder aus den Reihen der NRP stammten.⁹⁵

Heute möchte die Partei *Jüdisches Heim* (auf Hebräisch „Ha-Bajit Ha-Jehudi“) die nationalreligiösen Wähler Israels vereinigen. *Jüdisches Heim* wurde 2008 als Nachfolgepartei der NRP und der *Nationalen Union* (Ha-Ichud Ha-Leumi), einem Listenverband radikal-nationalistischer Parteien, gegründet. Die Partei soll eine gemeinsame Front für die nationalreligiöse Bewegung bieten.⁹⁶

Jüdisches Heim vertritt, wie der Name schon andeutet, einen jüdischen Nationalismus und befürwortet den Ausbau jüdischer Siedlungen im Westjordanland. Außerdem wendet sich die Partei gegen einen eigenständigen Palästinenserstaat. So forderte beispielsweise der Parteivorsitzende Naftali Bennett 2013, dass Israel die C-Gebiete, also rund 60 Prozent des Westjordanlandes, annectieren solle – was einen eigenen Staat für die Palästinenser praktisch unmöglich macht. Die dort ansässigen Palästinensern (nach Bennetts eigener Schätzung nur rund 90.000, laut UN OCHA rund 300.000 Menschen⁹⁷) würden dann einfach die israelische Staatsbürgerschaft erhalten, so Bennett. In

92 Vgl. Zvi Shiloah, Gush Emunim, in Michael Berenbaum und Fred Skolnik (Hrsg.), *Encyclopaedia Judaica*, 2007, Vol. 8, 143.

93 Vgl. o.V., *The Humanitarian Impact of the Barrier*. UN OCHA Occupied Palestinian Territory, Fact Sheet vom 9. Juli 2013. http://www.ochaopt.org/documents/ocha_opt_barrier_factsheet_july_2013_english.pdf [31.08.2014].

94 Vgl. Susan Hattis Rolef, *National Religious Party*. NRP, in Michael Berenbaum und Fred Skolnik (Hrsg.), *Encyclopaedia Judaica*, Detroit, 2007, Vol. 15, 27-28.

95 Vgl. o.V., *National Religious Party*, in *Parliamentary Groups*, Knesset, http://www.knesset.gov.il/faction/eng/FactionPage_eng.asp?PG=3 [03.09.2014].

96 Vgl. o.V., *Habayit Hayehudi*. The Israel Democracy Institute, <http://en.idi.org.il/tools-and-data/israeli-elections-and-parties/political-parties/habayit-hayehudi/> [31.08.2014].

97 Vgl. Amira Hass, „UN Report. 300.000 Palestinians live in Area C of West Bank“, *Haaretz*, 5. März 2014, <http://www.haaretz.com/news/diplomacy-defense/.premium-1.577997> [31.08.2014].



den Gebieten der Zone C, welche komplett unter der Kontrolle Israels stehen, leben rund 340.000 israelische Siedler.⁹⁸

Der Erfolg von *Jüdisches Heim* illustriert, was der israelische Journalist Joseph Croitoru als einen „kontinuierlichen Rechtsruck“ innerhalb der israelischen Gesellschaft bezeichnet.⁹⁹ Erlangte die Partei in den Knesset-Wahlen 2009 noch 2,9 Prozent der Wählerstimmen und damit drei Sitze, waren es in den Wahlen 2013 bereits 9,1 Prozent der Wählerstimmen und damit zwölf Sitze. *Jüdisches Heim* stellte daraufhin drei Mitglieder im Kabinett: Der Parteivorsitzende Bennett war Wirtschafts- und Handelsminister, dazu kamen Uri Ariel als Minister für Wohn- und Bauwesen (eigentlich Chef der Rechtsaußen-Partei Tekuma) und Uri Orbach als Minister für Rentnerangelegenheiten.¹⁰⁰ In dieser Zeit koalierte das Parteienbündnis von *Likud* („Zusammenschluss“), der Mitte-Rechts-Partei des Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu, auch mit der ultranationalen *Jisrael Beiteanu* („Israel unser Heim“) des überzeugten Siedlers Avigdor Lieberman, der den Außenministerposten besetzte.

Mit den vorgezogenen Neuwahlen im März ist die israelische Regierung inhaltlich noch einmal ein gutes Stück weiter nach rechts gerückt auf dem politischen Spektrum. *Likud* hat eine sehr fragile, rechts-religiöse Koalition mit sowohl nationalreligiösen als auch ultraorthodoxen Parteien gebildet. Dies ist problematisch insofern, als dass die Koalition nur über eine hauchdünne Mehrheit mit 61 von insgesamt 120 Abgeordneten verfügt. Das macht die Regierung verwundbar für Partikularinteressen einzelner Fraktionen, da der Block geschlossen abstimmen muss. Das hat sich bereits in den Koalitionsverhandlungen gezeigt: Hier presste *Jüdisches Heim*-Chef Bennett (nun Bildungsminister) Netanjahu mithilfe eines Ultimatums nicht nur zwei, sondern drei wichtige Ministerposten ab – unter anderem den der Justizministerin. Die Tatsache, dass ausgerechnet die rechts außen stehende Ayelet Schaked dieses Ressort übernimmt, hat international Stirnrunzeln ausgelöst: Sie ist nicht nur mehrfach durch offen feindselige Äußerungen gegenüber Palästinensern aufgefallen, sondern will auch die Rechte der Verfassungsrichter beschneiden und dem jüdischen Charakter Israels Vorrang gegenüber dem demokratischen geben.¹⁰¹ Kurz: Obwohl *Jüdisches Heim* im Vergleich zu den letzten Wahlen Sitze verloren hat (vorher zwölf, nun acht Sitze), ist sie als großer Sieger aus der Wahl hervorgegangen: Ohne sie hätte Netanjahu die Regierung nicht bilden können. So illustriert die neue israelische Regierung mehrere problematische Entwicklungen in Israel: Mitte-Rechts (*Likud*) und Mitte-Links (Oppositionsbündnis *Zionistische Union* mit Jitzchak Herzog an der Spitze) driften immer weiter auseinander, eine friedliche Lösung mit den Palästinensern, insbesondere im Hinblick auf eine Zwei-Staaten-Lösung, dagegen rückt immer weiter in die Ferne. Vor allem zeigt die neue Regierung aber auch, dass nationalreligiöses Gedankengut in Israel mittlerweile in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist.

98 Vgl. Tovah Lazaroff, „Bennett. Apply Israeli sovereignty over Area C“, Jerusalem Post, 17. Juni 2013, <http://www.jpost.com/Diplomacy-and-Politics/LIVE-Settlers-conference-on-public-relations-316793> [31.08.2014].

99 Vgl. Joseph Croitoru, „Parlamentswahl in Israel. Annektieren statt verhandeln“, Qantara, 21.01.2013, <http://de.qantara.de/content/parlamentswahl-israel-annektieren-statt-verhandeln> [08.09.2014].

100 Vgl. o.V., Habayit Hayehudi, The Israel Democracy Institute, <http://en.idi.org.il/tools-and-data/israeli-elections-and-parties/political-parties/habayit-hayehudi/> [31.08.2014].

101 Vgl. Gisela Dachs, „Netanjahu treibt weiter in die Isolation“, Zeit online, 7.05.2015, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-05/israel-benjamin-netanjahu-neue-regierung> [15.05.2015].



RELIGIÖSES LEBEN IN ISRAEL

CHRISTEN IN ISRAEL: VERMITTLER IM NAHOSTKONFLIKT ODER ZWISCHEN SEINEN FRONTEN?

VON MATHIAS BIRSENS

Als Papst Franziskus im Mai vergangenen Jahres Israel besuchte, forderte er von Israelis und Palästinensern „Mut zum Frieden“¹⁰² und lud den damaligen israelischen Präsidenten Schimon Peres und den palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas in den Vatikan ein, um gemeinsam für Frieden im Nahen Osten zu beten. Er versuchte zwischen den beiden Konfliktparteien zu vermitteln und setzte damit die Bemühungen der christlichen Gemeinschaften in Israel fort, den interreligiösen Dialog zu fördern.

Vor dem Besuch des Papstes kam es in Israel allerdings vermehrt zu Angriffen auf christliche Einrichtungen und Geistliche. In der aktuellen Auseinandersetzung zwischen der israelischen Armee und der Hamas leiden die Christen in Israel und den palästinensischen Gebieten genauso unter den Angriffen beider Seiten wie ihre jüdischen und muslimischen Nachbarn. Können die Christen unter diesen Bedingungen überhaupt noch im Nahostkonflikt vermitteln oder geraten sie zwischen seine Fronten?

Weihbischof William Shomali, Vikar für Jerusalem und die Palästinensischen Gebiete, erzählt KAS-Stipendiaten bei einem Gespräch im März 2014, dass die christlichen Gemeinschaften in Israel versuchen, mit Juden und Muslimen in Dialog zu treten, um den Friedensprozess zu unterstützen. Zwischen Juden und Muslimen selbst gebe es nur sehr wenig Dialog, berichtet der Weihbischof. Er berichtet, dass seine Kirche versucht, den Dialog nicht nur zwischen Experten und Geistlichen anzustoßen, sondern zwischen allen Bevölkerungsschichten der drei Religionen. So soll eine breite Basis für gegenseitiges Verständnis und Vertrauen geschaffen werden. Das falle zwischen Juden und Christen einfacher als mit den Muslimen, berichtet er. Schließlich berufen Juden und Christen sich beide auf das Alte Testament. Das erleichtert den christlich-jüdischen Dialog.

Allen drei Religionen gemeinsam eint die Bedeutung der Stadt Jerusalem, die Weihbischof Shomali als eine Stadt „für zwei Völker und drei Religionen“ beschreibt. Ihr Status ist eines der großen ungelösten Probleme im Friedensprozess zwischen Israelis und Palästinensern. Sowohl Israelis als auch Palästinenser erheben territoriale Ansprüche auf die Stadt. Jüdische, christliche und muslimische Heiligtümer befinden sich dort. Zurzeit werden die Heiligtümer von Vertretern der jeweiligen Religion verwaltet. So wird die Grabeskirche in Jerusalem von sechs der insgesamt 13 verschiedenen christlichen Konfessionen verwaltet, die rund zwei Prozent der israelischen Bevölkerung ausmachen. Dass die Kirche seit Jahren im Status quo belassen wird, zeigt wie uneinig die verschiedenen christlichen Konfessionen untereinander sind. Sie verwenden z.T. unterschiedliche Kalender, sodass Ostern und Weihnachten in der Grabeskirche in manchen Jahren gleich an drei verschiedenen Terminen gefeiert wird. Zusammen mit den anderen zahlreichen Unterschieden zwischen den Konfessionen, führt das immer wieder zu teils handgreiflichen Streitigkeiten. Insbesondere bauliche Veränderungen an der Grabeskirche sind kaum möglich, weil dafür die Zustimmung aller Konfessionen nötig wäre. So kommt es, dass seit Jahren eine Leiter über dem Eingang zur Kirche steht, obwohl sie keine Verwendung mehr hat. Sie soll zwar entfernt werden, doch niemand weiß, wer dazu befugt wäre, erzählt Pater Nikodemus Schnabel einer Gruppe von KAS-Stipendiaten bei einer Führung durch die Jerusalemer Altstadt.

Trotz aller konfessionellen Unterschiede versuchen die israelischen Christen sich gegenüber der israelischen Verwaltung als Einheit zu präsentieren, erzählt Weihbischof William Shomali. Er betont, dass die unterschiedlichen christlichen Konfessionen in Israel ein gutes Verhältnis miteinander pflegen.

102 o.V., „Papst fordert von Israel und Palästinensern «Mut zum Frieden»“, Süddeutsche.de, 25.05.2014, <http://www.sueddeutsche.de/news/panorama/kirche-papst-fordert-von-israel-und-palaestinensern-mut-zum-frieden-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-140525-99-01424> [23.08.2014].



Dass die israelischen Christen sich so vehement für Frieden im Nahen Osten einsetzen, liegt keineswegs nur an der Bedeutung von Jerusalem, Bethlehem und Nazareth für die Christen, sondern auch daran, dass die israelischen Christen – genau wie ihre jüdischen und muslimischen Nachbarn – ebenfalls unter den gegenseitigen Angriffen leiden, die seit der Entführung und Ermordung von drei israelischen Schülern im Juni 2014 wieder an der Tagesordnung sind. Anlässlich der jüngsten Eskalation forderte der Vatikan die Vereinten Nationen dazu auf, Druck auf Israelis und Palästinenser auszuüben, um eine Zwei-Staaten-Lösung zu verwirklichen.¹⁰³ Bereits bei seinem Besuch im Mai hatte der Papst sich für eine Zwei-Staaten-Lösung ausgesprochen.

Diese deutliche Positionierung im Nahostkonflikt macht die israelischen Christen allerdings auch angreifbar, die als religiöse Minderheit zwischen einer Mehrheit aus Juden und Muslimen in Israel und den palästinensischen Gebieten leben. So kommt es immer wieder zu anti-christlichen Angriffen, die sich insbesondere vor dem Papstbesuch im Mai häuften.¹⁰⁴ Christliche Einrichtungen wurden beschmiert und beschädigt, Friedhöfe geschändet und Geistliche beleidigt oder angespuckt. Bereits seit zwei Jahren seien auch Christen Ziel der sogenannten „Price-tag-Attacken“ jüdischer Extremisten, die sich ursprünglich gegen Araber richteten, die Aktionen gegen den jüdischen Siedlungsbau im Westjordanland unternahmen.

Ihr Einsatz dafür, in Frieden zusammen zu leben, macht die israelischen Christen zum Ziel von Extremisten beider Seiten, die deren Vermittlungs- und Versöhnungsversuche als Bedrohung wahrnehmen. So geraten die Christen in Israel zunehmend zwischen die verhärteten Fronten des Nahostkonflikts, der zunehmend von Extremisten auf beiden Seiten geprägt wird, obwohl sie eigentlich nur zwischen den vielen moderaten Kräften auf beiden Seiten vermitteln und zusammen mit Juden und Muslimen in Frieden leben wollen.

103 Vgl. o.V., „Vatikan verlangt Druck auf Israelis und Palästinenser“, kath.net, 24.07.2014, <http://kath.net/news/46843> [23.08.2014].

104 Vgl. Lissy Kaufmann, „Das doppelte Feindbild“, Der Tagesspiegel, 23.05.2014, <http://www.tagesspiegel.de/politik/antichristliche-attacken-in-israel-das-doppelte-feindbild/9935774.html> [23.08.2014].



SYNAGOGALE ORGELMUSIK ALS DEUTSCH-JÜDISCHES ERBE

VON RUDOLF W. HAIDU

Die Begriffe „Synagoge“ und „Orgel“ sind zwei für sich stehende Größen, die selten miteinander verbunden werden, weder in historischen Betrachtungen der zumeist deutschen Vergangenheit, noch in musikwissenschaftlicher Diskussion über jüdisches Leben und Kultur im deutschen Sprachraum. Genau hier soll unsere kleine Betrachtung der Entwicklung jüdischer Orgeltradition beginnen, die sich, zugegebener Weise heute stark im Vergessen inbegriffen, geringer Bekanntheit und weniger gar noch Wertschätzung rühmen kann. Nicht nur sollten uns große Namen wie der Organist Louis Lewandowski¹⁰⁵ (1823-1894) sowie das Universalgenie Felix Mendelssohn-Bartholdy¹⁰⁶ (1809-1847), selbst mit jüdischen Wurzeln, daran erinnern, dass Musik und insbesondere Orgelmusik auch fester Bestandteil jüdisch-deutschen Erbes ist.

Knapp 130 Jahre, von 1810, der Errichtung der ersten Synagogenorgel im Jacobstempel zu Seesen, bis zu den Novemberpogromen 1938 stand die kompositorische und vor allem synagogale Orgelkultur des Judentums gleichberechtigt in der Musiklandschaft des Deutschen Reiches. Eine erfolgreiche Geschichte der vielfach bis heute geleugneten Assimilierung lässt sich daran zweifelsfrei feststellen, vor allem durch die äußere Annahme protestantisch deutscher Liturgiepraxis. Diese Adaption muss gewollt ins Innere der Selbstwahrnehmung eines Volkes zielen, dessen religiöse Praktiken die Intimität ihres bisherigen Lebens darstellten. Ein Beispiel mehr für die aufrichtigen Bemühungen der Deutschen „mosaischer“ Religion, sich als Bürger des Landes zu fühlen, das sie seit über einem Jahrtausend bewohnten.

Ohne den jüdischen Philosophen Moses Mendelssohn (1729-1786) ist die kulturelle sowie rechtliche Integration des Judentums in Europa nicht denkbar. Auf seinen Ideen einer Identität europäischer und deutscher „Menschen mosaischen Glaubens“ gründet sich das moderne Judentum. Im Zeitalter der Aufklärung, hebr. *Haskala*, in der Größen wie Immanuel Kant (1724-1804) und gar sein Schüler Johann Gottlieb Fichte¹⁰⁷ (1762-1814) antisemitische Schriften und Weltbilder propagierten, mochte es als noch erstaunlicher gelten, dass der Prozess der neuen Erziehungspolitik unter den Juden selbst einen solchen Erfolg haben und Fundament für die nächsten 150 Jahre jüdisch-deutscher Kultur legen sollte.

Anfang des 19. Jahrhunderts begannen liberale Juden bereits die bisher vor äußeren Einflüssen abgeschirmte, am orientalischen und mittelalterlichen Brauch festhaltende Gottesdienstordnung zu reformieren. Deren am augenscheinlichsten Veränderungen sind eine allgemeine Kürzung der Dauer, die Einführung der deutschen Sprache, die Aufhebung der räumlichen Trennung der Geschlechter, predigtartige Ansprachen innerhalb, festgelegte liturgische Gewänder sowie die Ablehnung herkömmlicher Bibel-Kantillation¹⁰⁸, womit erstmals die kulturell langgewachsene, bisher einziggültige Tradition der Musik in Frage gestellt wurde. Dieser Aspekt gibt interessanterweise Aufschluss über das neue Selbstverständnis und, was noch wichtiger in diesem Kontext sein mag, die ursprünglichen Vorbilder der reformierten Bewegung, die unvermeidlich mit den (neo-)orthodoxen Gemeinden und Rabbinern kollidierten. Diese polemisierten gegen das Ziel der Assimilierung und erhoben Vorwürfe wie Verrat und Untreue gegenüber den mosaischen Gesetzen und der Tradition der fortwährenden Trauer um den zerstörten Tempel in Jerusalem.

105 Lewandowski ist der erste namhafte Komponist, der eigens für den Gebrauch in Synagogen Werke komponiert. Zuvor mussten jüd. Organisten der Zeit meist auf protestantische Provenienz zurückgreifen.

106 Als Vorzeigewerk mag wohl der 100. Psalm „Jauchzet dem Herrn alle Welt“ gelten, den Mendelssohn aller Wahrscheinlichkeit nach zur Einweihung der Hamburger Synagoge (Poolstraße) komponiert hat. Ob bei der Aufführung Luthers Übersetzung, von Mendelssohn präferiert, oder aber Moses Mendelssohns verwendet wurde, bleibt jedoch unklar. Vgl. Eric Werner, Felix Mendelssohn's Commissioned Composition for the Hamburg Temple. The 100th Psalm (1844), in *Musica Judaica* 7/1 (1984–1985), 57.

107 Beiträge zur Berichtigung der Urtheile des Publicums über die französische Revolution, I.c., 191–193.

108 Die Kantillation, die sich im jüdischen Gottesdienst jeweils nach zugeordnetem Text (Pentateuch, Propheten sowie Gebeten) musikalisch unterscheidet, wurde allgemein als Lesung, nicht als Musik betrachtet, weswegen sie auch nie vom Musikverbot im Gottesdienst, wie sie die Orthodoxie fordert, betroffen war.



Durch einstimmigen, choralartigen Gemeindegang und die Einführung von Synagogenchören und nicht zuletzt der Orgel im Gottesdienst, der die Leitung des wahlweise deutschen oder hebräischen Gesanges oblag, wird die Anlehnung an christliche (protestantische) Kirchenmusik unübersehbar. Weiter folgt ab diesem Zeitpunkt eine bisher in der jüdischen Liturgie einzigartige notenschriftliche Fixierung der bis dahin stets frei improvisierten liturgischen Gesänge. Der Vorbeter, hebr. *Chasan*, liturgisch gebildet und Garant für die ordentliche Liturgie der Gemeinde, wurde musikalisch mehr und mehr vom gutausgebildeten Kantor abgelöst. Dieser sang die nun rhythmisch klar definierten Gesänge bald zu harmonischen Begleitsätzen der Orgel, des Harmoniums oder auch des Klaviers.¹⁰⁹ Diese Entwicklung ist ausschließlich als deutsches Phänomen zu betrachten.

Musikalische und sogar theologische Größen dieser Zeit sind zweifelsohne Louis Lewandowski und Salomon Sulzer (1804-1890), der große Wiener Reformator und Oberkantor, wie sich die professionellen Synagogenmusiker in Abgrenzung zu ihren christlichen Kollegen nun nannten. Aus seinem Bestreben heraus, den jüdischen Gottesdienst ästhetisch attraktiver und ansprechender zu machen, schuf er ein musikalisch neues Modell, das Tradition und Moderne vereinte. Auf seine Impulse hin setzte er auf der ersten israelitischen Synode zu Leipzig im Juni 1869 eine Welle der kultischen Modernisierung in Gang. In einer dort gehaltenen, international beachteten Rede äußerte er seinen Standpunkt zu der seiner Zeit schon vielumstrittenen Frage:

„Eine instrumentale Begleitung der Gottesdienstlichen Gesänge überall eingeführt werde(n müsse) um den Gemeindegliedern die thätige Teilnahme an denselben zu erleichtern.... Als erprobtes Mittel zur Hebung der Andacht, zur Präcision u. Reinheit des gesanglichen u. zur Unterstützung des recitativen Theiles u. endlich um den Gesang in den Großen Synagogen zusammenzuhalten u. (zu) regeln, scheint die Einführung der Orgel als eine geradezu unabweisliche Nothwendigkeit....“¹¹⁰

Salomon Sulzer schuf für den deutschen Sprachraum einzigartige, wegweisende Modelle in der Chorliteratur und in der obligaten Orgelbegleitung, die er in seinem Buch *Schir Zion I* von 1840 zusammenfasste. Es besteht aus 159 kantorialen Solopartien und fünf- bis achtmässigen Chorwerken für den Sabbat, Wallfahrtsfeste, Hohe Feiertage, Beschneidung, Hochzeiten usw. Natürlich sind die neu komponierten Sätze und Weisen im stilistischen Geschmack der Zeit vorgenommen worden, eine Verwandtschaft zu klassischer und romantischer Tonsprache liegt offensichtlich vor, und dennoch bewahren sie ihren eigenen Charakter. Ebenfalls jüdische Musiker wie Giacomo Meyerbeer (1791-1864) und Jaques Offenbach (1819-1880) schätzten die europaweit neueingeführten Orgeln als bereicherndes Instrument in der Synagoge. Um das Jahr 1845 standen Orgeln in Tempeln wie Nancy, Straßburg, Lyon, Marseille, Lille, Budapest und Prag. Ab 1853 waren diese auch in Mainz und ab 1866 sogar in Berlin zu finden, wo die größte Orgel auf deutschem Boden vom königlichen Hoforgelbauer Wilhelm Sauer errichtet wurde, die dem Schwesterinstrument im Berliner Dom in Größe nichts nachstand. Zum Einweihungskonzert gratulierte gar der als Vertretung der Staatsregierung erschienene Otto von Bismarck und dankte für den großen Genuss¹¹¹.

Der Synagogengottesdienst baute, anders als der christliche, auf Einmaligkeit auf, also routinevermeidend, wie es der Talmud formuliert. Daher war die Improvisation des Organisten während des Gottesdienstes die, wenn auch schwierige, aber vornehmlichste Aufgabe. Natürlich wurde der Kantor musikalisch gestützt und der Chor begleitet, aber auch der Gang des Rabbiners auf dem Weg von seinem Sitz hin zum Lesepult ausgestaltet. Die Musik gehörte untrennlich zum Gebet und wirkte sich daher auf dieses musikalisch aus. Bis in die jüngste Vergangenheit tobte der Streit in jüdischen Reformgemeinden, ob ein Jude am Sabbat die Orgel überhaupt spielen dürfe. Daher übernahmen Mitte des 19. Jahrhunderts oftmals christliche Organisten den Dienst in der Synagoge und sogar ein gewisser Prof. Lisznyay aus Budapest bedurfte vor 50 Jahren noch der schriftlichen Genehmigung des Papstes, um als Katholik in der ungarischen Hauptsynagoge am Sabbat tätig zu werden. Die Verflechtungen der deutschen Reformtempel insbesondere mit protestantischen Organisten werden deutlich, als der im Jahre 1873 gegründeten „Berliner Organistenverein“ eine stattliche Anzahl jüdischer Mitglieder verzeichnet.

109 Harald Hammer-Schenk, Synagogen in Deutschland. Geschichte einer Baugattung im 19. und 20. Jhd. Hamburg 1981, Bd I, 148.

110 Jüdische Miniaturen Band 133, Tina Frühauf: Salomon Sulzer, Hentrich & Hentrich, 1. Auflage 2012: 22ff.

111 Bernhard Jacobsen, Fünfzig Jahre Erinnerungen aus Amt und Leben. Berlin-Friedenau 1912, 29.



Durch einen einzigartigen Fund von Andor Izsák in der katholischen Dorfkirche von Weinsheim (Hessen) 1996 haben wir sogar Einblick in die Klangbeschaffenheit einer originalen Synagogenorgel. Er wurde auf diese im 19. Jahrhundert gebaute Orgel anhand ihrer für christliche Verhältnisse seltsamen Beschaffenheit aufmerksam. Die oben bereits erwähnte Berliner Firma Sauer übertrug selbige im Dritten Reich auf Befehl des Stadtrats aus einer Synagoge des Umlands in die Kirche. Die heute in der Villa Seligmann in Hannover aufgestellte Orgel zeigt fein nuancierte Klangschattierungen, zarte Register und ein auf Raumwirkung ausgerichtete Klangkonzept im Sinne des 19. Jahrhunderts, was für christliche, am Barock orientierte Schwesterinstrumente selten ist. Da dominieren, laute Register, gravitatische Bässe und helle Mixturen, die solistisch brillieren und Anfang und Schluss deutlich unterstreichen. Daher ist die romantische Orgel mit ihrer farblich und dynamisch fein abgestuften Differenzierung ideal, um begleitend in der Synagoge wirken zu können. Grund hierfür ist der Gesang des Kantors. Während seiner Kantillation singt er sozusagen „dazwischen“¹¹², d.h. auf Grund der aus dem Orient stammenden Halb- und Vierteltonstechnik kollidiert er hörbar mit unserem mitteleuropäischen Zwölftonsystem, was am Anfang zu Befremden bei uns Zuhörern stoßen kann, aber einen unaussprechlichen Charme hat, was Sulzer als „ein eigentümliches, orientalisches jüdisches Gepräge“ an seiner Tradition schätzt und bewusst einsetzte, wie viele andere seiner Kollegen.

Diese zahlreichen und namhaften Zeugnisse zeigen uns einen auf Entwicklung zu eigenständiger musikalischer Sprache gerichteten Weg, der so jäh im nationalsozialistischen Deutschland ein dramatisches Ende fand. Mit der Reichspogromnacht am 9. November 1938 und der systematischen Zerstörung bzw. Enteignung der in den Synagogen zahlreich vorhandenen Orgeln endete ein erfolgreiches Kapitel jüdischen Lebens, nicht zuletzt in musikalischer Hinsicht.

Heute, wo vor allem in den USA KantorInnen und OrganistInnen synagokal noch tätig sind, sind Zwistigkeiten zwischen Orthodoxie und Neologie zumeist überwunden. Herman Berlinski (1910-2001) konnte als bereits berühmter Synagogenorganist 1975 feststellen: „Das Reformjudentum fühlt sich bezüglich der instrumentalen Musik weder an die talmudischen, noch an die früh-rabbinischen Haltungen, Gebote und Verbote gebunden... Die Synagoge vieler Gemeinden ist wieder zum Tempel geworden. Ihre Musik ist lebensbejahend!“¹¹³ Eine Ehre für uns, die Geschichte der in der deutschen Diaspora begonnenen Entwicklung als deutsch-jüdisches Erbe zu begreifen und sich diesem verpflichtet zu fühlen.

112 Orgel International 1991/1 - Andor Izsák „Die Brücke zu einem neuen Synagogenleben“.

113 Hermann Berlinski, Die Aufgaben der Orgel in der Synagoge, in Musik und Kirche 45 (1975), 114f.



ISRAEL – POLITIK UND GESELLSCHAFT

DAS POLITISCHE ENGAGEMENT DER JUNGEN GENERATION IN ISRAEL – INTERVIEW MIT BARAK HERSHKOVITZ

VON VERONIKA FALTERMEIER

Das Engagement junger Menschen an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen ist unabdingbar, um unsere Welt von morgen zu gestalten. Bei einem gemeinsamen Abendessen hatten wir die Gelegenheit mit Mitgliedern der Likud Liberals (Manof), eine Gruppierung innerhalb der Likud Partei, über die Partizipation junger Menschen in Israel und Deutschland an der Meinungs- und Willensbildung zu diskutieren. Doch was motiviert junge Israelis sich politisch einzubringen? Gibt es Politikverdrossenheit auch in Israel? 50 Jahre deutsch-israelische Beziehungen - was denkt die junge Generation über Deutschland? Barak Hershkovitz, Mitglied des Manof-Forums, gab im Rahmen eines Interviews Antworten auf diese und weitere Fragen.

When did you start to take interest in politics and since when are you involved in the work of Likud Liberals (Manof)?

In 2011 I joined the Likud political party, which I have always supported. At this time, there were social protests being held in Israel. I could identify with many of the motivations behind these protests; the unbearable cost of living, the housing crisis, the monopoly of the ultra-orthodox rabbinical system on Judaism and family life. However; I found it difficult to identify with the solutions and the agendas being offered by the self-appointed leaders of the protests. I went to Likud, my political home, in hope to find alternative solutions to the real problems that drew hundreds of thousands of Israelis into the streets in protest. Unfortunately, I found no organized forum for discussing the ideological issues at hand. It was frustrating to realize that in general, there was no sphere for ideological discussion. While remaining loyal to the historical values of Likud, I recognized a need for a new platform of intellectual activity within the party. As first rain started to pour on Rothschild Avenue and the protest faded away, I gathered a few right-wing friends who are young, moderate, Zionist and liberal¹¹⁴ like myself. We established *Manof*, a right wing intellectual and political forum that aims to increase the connection between principles of personal liberty, democracy and Zionist national ideas within the Likud party. Furthermore, it aspires to offer practical solutions to current challenges of Israeli society, derived from Ze'ev Jabotinsky's legacy. I was also involved in establishing the Likud Liberal Forum, which recruits new members to the party with the goal to create a lobby within the party that will support our agenda.

Do you think there is a disenchantment with politics among young Israelis?

Not compared to other countries. Many young Israelis form firm opinions and get more and more involved in politics recently. I think that the fact that political decisions have a life-or-death influence make it hard to stand still and not being involved. I see a bloom of new political frameworks, mostly (but not solely) in the left wing.

Which are the topics young Israelis are most interested in?

First and foremost security issues. Israelis have been involved in peace process and wars over the last three decades. We all know people who were killed in terror attacks and we all aspire for peaceful life. Therefore – the security issue is on top and will probably be in the future. Economic issues are getting more and more prominent in the political discourse- there is unease among Israelis about their lower standard of living comparing to the other OECD countries. However, the solutions are not yet clear to everyone and I assume that most Israelis have yet to develop deep economic understanding.

114 Liberal- in its "European" sense of commitment to limited government, rather than the North American notion that is often affiliated with the left-wing.



The spectrum of political parties in Israel differs from the German System. Which parties do young people in Israel tend to vote for?

I don't have an exact data about the voting patterns of young Israelis. However, I do have the feeling that it does not deviate very different than the general vote. Having said that, young Israelis tend to vote less to the old parties (Likud, Avoda) and find new parties (Yesh Atid, Kadima in the past) and marginal parties (Meretz, The Jewish Home and even Aleh Yarok, which most of its voters were under 24 years old) more appealing.

Is it difficult to inspire young people to get involved in the work of the Likud Liberals and in politics in general?

In politics in general- it isn't. We see that young people are strong engines in many political campaigns. However, it is hard to attract young activists to Likud, which is conceived as old fashion. Likud has been in power for a long time and does not offer the rebellious or cutting-edge-spirit that usually attract younger audiences (whereas older people might appreciate Likud's experience and conservatism). Furthermore, specifically liberal voters find it hard to see Likud as a potential platform to influence from.

In your opinion, what are the major issues in Israel that have to get changed in the next ten years?

Israel has become a very concentrated economy with very little opportunities for young people to find better standard of living (with the exception of the start-up industry). It must develop a vibrant market with less obstacles, regulations, taxes and bureaucracy – a market in which people will strive for success.

The other thing that has to change is the Israeli society's understating of its identity. Where are the boundaries between its democratic nature and its Jewish identity – and how to strengthen BOTH. I think that a crucial thing would be to (finally) institute a constitution, even if it takes years of hard work and dealing with hard questions.

What do young people in Israel think about Germany? How do you see the German-Israeli-Friendship?

I think there are two types of Israelis: The more "universal" Jews in Israel, who usually have weaker Jewish identity and weaker spiritual connections to the local and particular experience of living in Israel. These are the people who see themselves as citizens of the world (this term is a bit 90's, but it works). They will focus on the new chapter of the Israeli-German relations and will tend to see Germany as it is nowadays- a strong country with good economy, great destination for visits and even a potential place to migrate to. These kind of people were comfortable with starting the Milky protest and open a web page – "Migrating to Berlin". The Hebrew word they choose for "migrating" is loaded with symbolic meanings. The Hebrew word "Aliyah" means not only to migrate but also "to rise up" and has been in use to describe immigration of Jews back to their homelands, mostly after the Holocaust. When "universal" Israeli Jews chose this word to encourage migration to Berlin as part of the Milky protest this summer, they declared that they already neglected the Zionist dream of gathering all Jews back in their homeland, Israel. Instead they presented a new Jew, who aspires for better living and disconnects from their past. For these people, Germany (and in particularly Berlin) have good connotations.

On the other hand, the majority of Israelis, who may be more conservative, hold a very strong local, particular Zionist set of beliefs. They may appreciate Germany, support the partnership between the countries and even visit as tourists- but they still see the German people as responsible for the largest tragedy in the history of our people.

In reality – most Israelis are somewhere in between particularism and universalism and are influenced from both mind sets (each person in a different proportion between the two). The vast majority of Israelis feel ok with traveling to Germany, trade with Germany and consume German culture or products. They think highly of the new generation of Germans and tend to like Germany's contemporary leaders.



ISRAEL ALS EINWANDERUNGS- UND ASYLLAND - WIE BEWÄLTIGT ISRAEL DEN ZUSTROM VON NEUEINWANDERERN AUS DER GANZEN WELT UND ASYLBEWERBERN/FLÜCHTLINGEN AUS AFRIKA?

VON MARTIN WINKLER

„Lieber in Israel im Bunker als am Boulevard in Paris. Tausende französische Juden wandern nach Israel aus (...) sie halten den Antisemitismus in Frankreich oft für gefährlicher als die Lage im Nahen Osten“¹¹⁵ - schreibt Spiegel Online, von Emigration andernorts titelt die Deutsche Welle: „Orthodoxe Juden verlassen Dorf in Guatemala nach Streit mit Indios“¹¹⁶. Diese Schlagzeilen stehen beispielhaft für religiös begründete Migrationsabsichten. Darüber hinaus gibt es eine große Zahl an Interessenten aus den Ländern Afrikas in den Globalen Norden – und somit auch nach Israel – einzureisen, um die Möglichkeit auf ein besseres Leben zu erhalten. So vielfältig die Gründe sein mögen, Israel sieht sich seit der Staatsgründung im Jahr 1948 einer ständigen Zuwanderung ausgesetzt. Während der letzten Jahrzehnte führte dies zu einer Verdopplung der Einwohnerzahl, so hatte 1983 Israel 4,1 Millionen Einwohner, 1993 waren es 5,3 Millionen, im Jahr 2003 insgesamt 6,6 Millionen und bis zum Jahr 2013 wuchs die Zahl auf 8,1 Millionen Einwohner.¹¹⁷

Einwanderung aus der ganzen Welt

Die vom Israelischen Amt für Statistik herausgegebenen Informationen zur Immigration zeigen in den zurückliegenden Jahren (2010-2013) eine konstante Zahl von etwas über 16.000 Einwanderern pro Jahr. Das entspricht einem Anteil von 0,5 Prozent an Zuzügen (pro Jahr) im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung und bedeutet dass in der durchschnittlichen Bevölkerung in jedem Jahr ungefähr 2,1 von 1000 Personen neu Hinzugezogene sind.¹¹⁸ Ein Blick auf das Herkunftsland lässt bestimmte Länder deutlich hervorstechen, so kamen im Jahr 2013 insgesamt 23,8 Prozent der Immigranten aus Russland, 17,2 Prozent aus Frankreich, 12,9 Prozent aus den Vereinigten Staaten von Amerika, 11,4 Prozent aus der Ukraine und 8 Prozent aus Äthiopien.¹¹⁹ Das mittlere Alter der Immigranten betrug 31,6 Jahre.¹²⁰

Dabei überlässt Israel die Migration nicht dem Zufall und die Migranten nicht sich selbst. Seit 1929 koordiniert die Jewish Agency for Israel¹²¹ den notwendigen Ablauf der Einreise. Allen Juden die sich zur „Aliyah“ entschließen – der Auswanderung nach Israel – steht die Agentur mit Rat zur Seite. Und sie unterstützt bei der Bezahlung des Flugtickets, mit finanzieller Beihilfe nach der Ankunft in Israel, bei der Krankenversicherung und mit Unterstützung bei den Mietzahlungen sowie weiterer Unterstützung – bis zu mehreren Jahren nach der Einreise.¹²² Dabei ist nur ein Teil der Einwanderer auf diese Hilfsangebote angewiesen. Für Israel ist der Zuzug aus Westeuropa zudem nützlich, da dieser oft hoch gebildet ist und über finanzielle Ressourcen verfügt. Nach durchschnittlich sechs Jahren hat sich ein Immigrant in Israel in wirtschaftlicher Hinsicht der Gesellschaft angepasst. Damit ist Israel Spitzenreiter, in keinem anderen

115 Verena Hölzl, „Juden aus Frankreich wandern wegen Antisemitismus nach Israel aus“, Spiegel Online, 23.07.2014,

<http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/juden-aus-frankreich-wandern-wegen-antisemitismus-nach-israel-aus-a-982388.html> [02.08.2014].

116 o.V., „Orthodoxe Juden verlassen Dorf in Guatemala nach Streit mit Indioserika“, DW.DE, 29.08.2014, <http://www.dw.de/orthodoxe-juden-verlassen-dorf-in-guatemala-nach-streit-mit-indios/a-17888055> [12.09.2014].

117 Vgl. Jewish Virtual Library, „Immigration to Israel: Total Immigration, by Year“, o.J.,

https://www.jewishvirtuallibrary.org/jsource/Immigration/Immigration_to_Israel.html [30.08.2014].

118 Vgl. Central Bureau of Statistics, „Table 1 – Immigrants, by period of immigration (1948-2013)“, o.J.,

http://www1.cbs.gov.il/hodaot2014n/21_14_106t1.pdf [13.09.2014].

119 Vgl. Central Bureau of Statistics, „Table 2 – Immigrants, by Continent and Selected Last Country of Residence“, o.J.,

http://www1.cbs.gov.il/hodaot2014n/21_14_106t2.pdf [13.09.2014].

120 Vgl. Central Bureau of Statistics, „Table 3 – Immigrants, by Age Group“, o.J., http://www1.cbs.gov.il/hodaot2014n/21_14_106t3.pdf [13.09.2014].

121 www.jewishagency.org

122 Vgl. The Jewish Agency for Israel, „Aliyah Benefits“, o.J., http://www.jewishagency.org/sites/default/files/Aliyah_Aliyah%20Benefits_chart_pdf.pdf [21.09.2014].



Land weltweit geht dies so schnell. Durch neue Anpassungen der Einreisebestimmungen wurde zuletzt auch Konvertierten eine erleichterte Einreise ermöglicht.¹²³

Asylbewerber und Flüchtlinge aus Afrika

Anders stellt sich die Situation für Flüchtlinge aus Afrika dar, die in Israel auf ein besseres Leben hoffen. Diese Hoffnung wird in den meisten Fällen enttäuscht. Israel schützt sich mit einem 240 Kilometer langen Grenzzaun an der Grenze zu Ägypten vor Flüchtlingen und verfügt über das weltweit größte Gefangenenlager für Asylsuchende.¹²⁴ Seit 2005 sind ca. 60.000 Flüchtlinge aus Afrika über die Grenze nach Israel gekommen. Nach Schätzungen befinden sich ungefähr 3.500 dieser Flüchtlinge in Arbeitslagern in Sa'aronim und Ketziot in der Negev-Wüste. Im Jahr 2012 schlug die öffentliche Meinung gegenüber den Flüchtlingen ins Negative um, da sie die Sicherheit der Bevölkerung im Land bedrohen würden. Obwohl Israel ein Unterzeichnerstaat der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 ist, gilt es als eines der Länder in dem die Beantragung von Asyl am schwierigsten ist. Nur 157 Asylsuchende wurden seit der Unterzeichnung der Konvention als Flüchtlinge anerkannt¹²⁵, dies entspricht einer Anerkennungsrate von 0,02 Prozent.¹²⁶ Für diejenigen die es dennoch versuchen droht das Gefangenenlager oder die Deportation.¹²⁷

Gemäß der Gesetzgebung des Israelischen Parlaments im Dezember 2013 dürfen illegale Migranten bis zu einem Jahr ohne Prozess gefangen gehalten werden. Bei Herkunft aus einem Land in das eine Rückkehr unzumutbar ist, z.B. im Fall von Eritrea oder Südsudan, kann die Inhaftierung auf unbestimmte Zeit verlängert werden. Als Anreiz zur Rückkehr ins Heimatland wurde zudem die Zahlung von \$1500 auf \$3500 an jeden freiwilligen Heimkehrer erhöht.¹²⁸ Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass Israel afrikanischen Regierungen Geld gibt, damit diese tausende ihrer Asylsuchenden in deren Land aufnehmen.¹²⁹

Fazit

Der Staat Israel ist in vielen Bereichen aktiv, um den Zustrom umfassend zu organisieren. Gleichzeitig kann die Verantwortung für eine gelungene Integration niemals nur auf staatlicher Seite liegen, sondern muss auch von individueller Seite praktiziert werden. Dies unterstrich eine Umfrage zur Aliyah-Migration in Israel, bei der ermittelt wurde, dass von allen Immigranten die in Israel arbeitstätig wurden, nur ein Drittel (34 Prozent) in ihrem vorherigen Tätigkeitsfeld Arbeit fanden – die Bereitschaft zur Veränderung muss also vorhanden sein.¹³⁰ Dass überhaupt ein so großer Anteil der Migranten wieder berufstätig wird (88 Prozent), ist wohl auch den umfangreichen Eingliederungsmaßnahmen zu verdanken.

Israel bewältigt den Zustrom von Neueinwanderern mit finanziellen Transferleistungen – je nach Status entweder als Anreiz zum Ausreisen oder zum Einreisen. Dass sich an dieser differenzierenden Situation in naher Zukunft etwas än-

123 Vgl. Judy Maltz, „For converts seeking Israeli citizenship, new policy promises less red tape - National“, Haaretz.com, 12.10.2014, <http://www.haaretz.com/news/national/.premium-1.620405> [15.10.2014].

124 Vgl. Dana Weiler-Polak und Gili Cohen, „Israel's five-year war on African migrants“, Haaretz.com, 04.06.2012, <http://www.haaretz.com/news/national/israel-s-five-year-war-on-african-migrants.premium-1.434356> [19.10.2014].

125 Vgl. IRINnews, „In-Depth: Migration policy bites hard“, 21.11.2012, <http://www.irinnews.org/Report/96800/In-Depth-Migration-policy-bites-hard> [19.10.2014].

126 Vgl. Lauren Gelfond Feldinger, „Seeking asylum? No spirit of Geneva here“, Haaretz.com, 30.09.2012, <http://www.haaretz.com/jewish-world/jewish-world-features/seeking-asylum-no-spirit-of-geneva-here-1.467529> [19.10.2014].

127 Vgl. IRINnews, „ISRAEL: Deportation looms for South Sudan migrants“, 27.03.2012, <http://www.irinnews.org/Report/95174/ISRAEL-Deportation-looms-for-South-Sudan-migrants> [19.10.2014].

128 Vgl. IRINnews, „Israel sends migrants to new 'open' detention centres“, 25.12.2013 <http://www.irinnews.org/FR/Report/99388/Israel-sends-migrants-to-new-open-detention-centres> [19.10.2014].

129 Vgl. Anshel Pfeffer und Ilan Lior, „Uganda will take in thousands of Israel's African migrants“, Haaretz.com, 29.08.2013, <http://www.haaretz.com/news/national/.premium-1.544269> [19.10.2014]; Association for Civil Rights in Israel (ACRI) „NGOs' response to Israel's 'deal' with Uganda on refugees“, 29.08.2013, <http://www.acri.org/en/2013/08/29/uganda-deal-on-refugees/> [19.10.2014].

130 Vgl. Central Bureau of Statistics, „Immigration survey in Israel 2010-2011“, o.J., http://www1.cbs.gov.il/www/presentations/immigration_survey_in_israel_2010_2011.ppt, 10 [19.10.2014].



dert ist unwahrscheinlich, wenn man den Worte des vergangenen israelischen Innenministers Gideon Sa'ar traut: „Israel darf die Auffanglager für illegale Einwanderer nicht aufgeben.“¹³¹

131 Ilan Lior, „Gideon Sa'ar: Israel mustn't give up on detention center for illegal immigrants“, Haaretz.com, 06.10.2014, <http://www.haaretz.com/news/national/.premium-1.619393> [19.10.2014]; o.V., „Sa'ar forgot what democracy is“, Haaretz.com, 07.10.2014, <http://www.haaretz.com/opinion/1.619576> [19.10.2014].



BRAUCHT ISRAEL EINE VERFASSUNG? – DER ENTSTEHUNGSPROZESS EINER VERFASSUNG BEZIEHUNGSWEISE EINES VERFASSUNGSRECHTS AUS DER RECHTSVERGLEICHENDEN PER- SPEKTIVE

VON PATRICK JÄGER

Israel – ein Staat ohne Verfassung?

Zunächst dürfte die aufgeworfene Frage für Überraschung oder gar Verwirrung sorgen. Hat Israel denn keine Verfassung? In der durch Ben Gurion proklamierten Unabhängigkeitserklärung vom 14. Mai 1948 steht der deutschen Übersetzung nach geschrieben, dass beschlossen wird, „daß vom Augenblick der Beendigung des Mandates [...] bis zur Amtsübernahme durch verfassungsgemäß zu bestimmende Staatsbehörden [...] der Nationalrat als vorläufiger Staatsrat und dessen ausführendes Organ, die Volksverwaltung, als zeitweilige Regierung des jüdischen Staates wirken sollen“¹³². Demnach wäre es naheliegend, dass Israel – zumindest mittlerweile – eine Verfassung hat. Hinzu kommt die Inbezugnahme der UN-Teilungsresolution, die in Teil I B 10 des Teilungsbeschlusses der Vereinten Nationen vorsieht, eine Verfassung des neugegründeten Staates zu verabschieden.¹³³ Daher dürfte hieraus im Grundsatz ebenfalls angenommen werden, dass Israel sich – zumindest bis zum heutigen Datum – eine Verfassung gegeben hat. In der Tat ist es jedoch der Fall, dass es in Israel bislang keine niedergeschriebene Verfassung gegeben hat beziehungsweise eine Verfassungsurkunde existiert. Dies ist dadurch möglich, dass die bis zum 1. Oktober 1948 in der Unabhängigkeitserklärung gesetzte Frist sich nur auf die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung, nicht aber auf die Verabschiedung einer Verfassung, die keiner Frist unterworfen ist, bezogen hat.¹³⁴

Führt der Weg zu einer Verfassung über viele Grundgesetze?

Aus diesem Grund hat der provisorische Staatsrat mangels einer Verfassung, die – vergleichbar zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland – die Staatsorganisation und die Rechtsordnung regelt, am 19. Mai 1948 das Neuordnungsgesetz verabschiedet, das rückwirkend zum 15. Mai 1948 in Kraft getreten ist. Dieses Neuordnungsgesetz ist jedoch keinesfalls eine Verfassung und trifft auch keine Aussage über eine zu beschließende Verfassung, sondern beinhaltet neben den Regelungen zur Staatsorganisation solche „zur Rechtsüberleitung und zur Entwicklung des neuen israelischen Rechtssystems“¹³⁵. Dennoch hat der provisorische Staatsrat am 8. Juli 1948 einen siebenköpfigen Verfassungsausschuss gebildet, damit der Auftrag der UN-Teilungsresolution und der Unabhängigkeitserklärung, eine Verfassung zu verabschieden, erfüllt werde. Die Grundlage für die Beratungen dieses Ausschusses war ein Entwurf des Abgeordneten Dr. Leo Kohn, der – ähnlich dem deutschen Grundgesetz – einen Grundrechtsteil sowie einen staatsorganisatorischen Teil vorgesehen hat und sich insbesondere durch seinen „pointiert jüdischen Charakter“¹³⁶ ausgezeichnet hat.¹³⁷ Trotz dieses Verfassungsausschusses und seiner Arbeit tauchten zum Beginn des Jahres 1949 – während der Debatte über die Übertragung der gesetzgebenden Gewalt – erstmals Zweifel auf, ob es überhaupt einer geschriebenen Verfassung bedürfe, oder ob nicht – nach britischem Vorbild und damit im Widerspruch zur UN-Teilungsresolution, der Unabhängigkeitserklärung sowie zu den Beratungen über den Verfassungsentwurf von Kohn – eine ungeschriebene Verfassung ausreiche.¹³⁸ Das Ergebnis im Rahmen der oben genannten Debatte ist die Verabschiedung des Übergangsgesetzes am 16. Februar 1949 durch die verfassungs- und gesetzgebende Versammlung gewesen, das ausschließlich Fragen des Staatsorganisationsrechts – orientiert an den staatsorganisationsrechtlichen

132 o.V., <http://www.hagalil.com/israel/independence/azmauth.htm> [13.09.2014]; Gundermann, Die Rolle des Obersten Gerichtshofs bei der Entwicklung der israelischen Verfassung, Baden-Baden, 2002, 27 m.w.N.

133 Vgl. Gundermann, a.a.O. (s. Fn 1), 28.

134 Vgl. Klinghoffer, „Die Entstehung des Staates Israel“, in: Jahrbuch des Öffentlichen Rechts, Bd. 10 (1961), 439, 460; Gundermann, a.a.O. (s. Fn 1), 28f.

135 Gundermann, a.a.O. (s. Fn 1), 29; vgl. zudem: Gundermann, a.a.O. (s. Fn 1), 29, 31.

136 Gundermann, a.a.O. (s. Fn 1), 31 m.w.N.

137 Vgl. Kohn, „Draft Constitution“, in: Gutmann & Dror „The Government of the State of Israel: Collection of Sources“, 57-64 (1969, Hebräisch); Gundermann, a.a.O. (s. Fn 1), 31.

138 Vgl. Gundermann, a.a.O. (s. Fn 1), 32; Protokoll der 36. Sitzung des provisorischen Staatsrates am 13.01.1949, 9-12. 20.



Grundgedanken, die auch die Bundesrepublik Deutschland prägen, – regelt.¹³⁹ Dabei herrschte jedoch über die Einordnung des Übergangsgesetzes Uneinigkeit, ob es sich vorliegend nicht vielleicht doch um zumindest eine „kleine Verfassung“¹⁴⁰ handele, die in ihrer ersten Lesung nämlich noch „Übergangsverfassung“¹⁴¹ hieß, oder ob mit dem Übergangsgesetz nicht „der Auftrag der Unabhängigkeitserklärung, eine Verfassung zu beschließen, bereits erfüllt“¹⁴² werde. Im Ergebnis bleibt jedoch festzuhalten, dass das Übergangsgesetz keine Verfassung im formellen Sinn darstellen kann und zudem ausdrücklich lediglich für eine Übergangszeit verabschiedet werden sollte. Eine Parallele zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist hier nicht zu ziehen; es fehlt dem Übergangsgesetz nämlich beispielsweise „der essentielle Abschnitt über das Verhältnis des Staates zu seinen Bürgern“¹⁴³, also einem Grundrechtsteil. Wie jedoch bereits angedeutet, dominierte fortan die Diskussion, ob es überhaupt einer niedergeschriebenen Verfassung in Israel bedürfe. Die Befürworter stützten sich auf die Verpflichtung aus der Unabhängigkeitserklärung sowie auf die UN-Teilungsresolution und wollten insbesondere einen effektiven Grundrechtsschutz erreichen und dem in die Knesset eingebrachten Vertrauen der Wählerinnen und Wähler gerecht werden. Gegen eine ungeschriebene Verfassung nach britischem Vorbild führten sie an, dass Israel noch keine etablierte Demokratie habe und keinen historisch gewachsenen und gefestigten Staat darstelle, der eine homogene Bevölkerung beherberge, sodass mittels einer Verfassung, die als Leitlinie und Orientierung dient, die große Zahl noch zu erwartender Einwanderer leichter integriert werden können.¹⁴⁴ Stärker sind jedoch die Stimmen der Gegner einer Verfassung gewesen. Aus religiöser Perspektive ist angeführt worden, dass allein die Thora als einzige geschriebene Verfassung existieren dürfe, und ferner ist die Gefahr gesehen worden, dass liberale Richter – „die junge israelische Justiz war geprägt von säkularen Einwanderern, vor allem aus Deutschland und anderen zentraleuropäischen Staaten“¹⁴⁵ – zu starken Einfluss auf die Knesset haben könnte.¹⁴⁶ Ben Gurion stand einer Verfassung selbst skeptisch gegenüber, da dadurch die Knessetgesetzgebung der Kontrolle des Obersten Gerichtshofes (OGH) unterfallen und somit auch er selbst durch Beschränkungen der geschriebenen Verfassung gebunden worden wäre.¹⁴⁷ Insgesamt spiegelt sich diese Spannung – auf der einen Seite mit ihrem liberalen Pol, der dem Einzelnen Rechte gegenüber der staatlichen Gewalt garantiert, und auf der anderen Seite mit dem religiösen Pol, der in der Gründung eines jüdischen Staates die nationale jüdische Kultur, der sich die individuellen Interessen unterordnen zu haben, wiederauflebt lässt – bis zum heutigen Tag in der israelischen Verfassungsdiskussion wider.¹⁴⁸ Die vermittelnde Position – mit Blick auf die USA, die nach elf Jahren ihrer Unabhängigkeit sich eine Verfassung gegeben hatten –, dass eine Verfassung verfrüht sein könnte, dürfte mit zu der sogenannten Harari-Resolution geführt haben. Die am 13. Juni 1950 beschlossene Harari-Resolution stellte einen Kompromiss dar, indem sie vorsah, „die Verfassung nicht in einem Schritt, sondern in mehreren Schritten zu entwickeln.“¹⁴⁹ Auf diese Weise und in Verbindung mit dem „Übergangsgesetz zur zweiten Knesset“, durch das die verfassungsgebende Gewalt von der „Ersten Knesset“ auf alle Folgeparlamente übertragen worden ist, ist die Grundlage für den Verfassungsentstehungsprozess Israels geschaffen gewesen.

Der OGH mit einer besonderen Rolle bei der Grundrechtsentwicklung

Eine besondere Rolle hat bei der Herausbildung der einzelnen Grundrechte und damit der Grundgesetze der OGH eingenommen.¹⁵⁰ Kurz dargestellt, lässt sich seine Entwicklung als Weg vom „judicial self-restraint“ zum „judicial activism“ charakterisieren, der im Jahr 1992 dazu führte, dass die ersten beiden Grundrechte „Menschenwürde und Freiheit“ sowie „Berufsfreiheit“ als Grundgesetze – nach den neun staatsorganisationsrechtlichen Grundgesetzen – niedergeschrieben wurden, nachdem bis dahin bereits der Vorrang des Gesetzes, die Bestimmung der Rechtsstaat-

139 Vgl. Rackman, „Israel's Emerging Constitution“, New York, 1955, 73.

140 Sager, „The Parliamentary System of Israel“, New York, 1985, 35.

141 Sager, „Israel's Dilatory Constitution“, in: The American Journal of Comparative Law, Bd.24 (1976), 88, 89.

142 Gundermann, a.a.O. (s. Fn 1), 34 m.w.N.

143 Vgl. Gundermann, a.a.O. (s. Fn 1), 34.

144 Vgl. Akzin, „Codification in a New State: a Case Study of Israel“, in: The American Journal of Comparative Law, Bd. 5 (1956), 44, 76; Gundermann, a.a.O. (s. Fn 1), 35.

145 Gundermann, a.a.O. (s. Fn 1), 36

146 Vgl. Gundermann, a.a.O. (s. Fn 1), 36 m.w.N.

147 Vgl. Klein, „La Démocratie d'Israël“, Paris, 1997, 122 f.

148 Vgl. Gundermann, a.a.O. (s. Fn 1), 38; Herzl, „Der Judenstaat“, Leipzig, 1896, 80; Zipperstein, „Elusive Prophet – Ahad Ha'am and the Origins of Zionism“, Berkeley, 1993, 115 ff.

149 Gundermann, a.a.O. (s. Fn 1), 40.

150 Diese kann hier nicht dargestellt werden, weswegen auf Gundermann, a.a.O. (s. Fn 1) zu verweisen ist.



lichkeit, die Theorie der grundrechtskonformen Auslegung (als Ausfluss des Demokratieprinzips), das rechtliche Gehör, die Religionsfreiheit, das Recht auf fairen Prozess, die Vereinigungsfreiheit, die Informationsfreiheit, die gerichtliche Kontrolle des absoluten Ermessens sowie weiterer Grundrechtsschutz auf der Grundlage der UN-Menschenrechtskonvention, zu dem die Menschenwürde, die körperliche Unversehrtheit, die Demonstrationsfreiheit, die Kunstfreiheit sowie die Pressefreiheit zählen, und weiterer internationaler Verträge und Abkommen entwickelt worden ist.¹⁵¹ Interessanterweise lässt sich bei den Grundrechten in Israel außerdem eine ganz besondere Parallele zu den Grundrechten der Bundesrepublik Deutschland finden: die sogenannte Drittwirkung von Grundrechten (im Zivilrecht).

Rechtsvergleichende Aspekte im Rahmen der israelischen Verfassung

Nicht allein die Drittwirkung der Grundrechte zeigt eine Nähe zum deutschen Grundgesetz und dessen Grundrechten auf, sondern beispielsweise auch die Übernahme des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes oder die Herausbildung einer Normenkontrolle. Die jedoch wahrlich größte Parallele dürfte sich in der Frage zeigen: Handelt es sich um ein endgültiges Verfassungsdokument? Denn offen ist, wann in Israel eine Verfassung gegeben sein wird (Harari-Erfüllung), aber ebenso offen ist oder war es zumindest lange Zeit, ob das Grundgesetz die Verfassung Deutschlands ist. Dass dies bis heute nicht unstreitig ist, zeigen die verfassungsrechtlichen Fragen und Debatten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland, respektive unter Bezugnahme auf Art. 146 GG. Die Entstehung der israelischen Verfassung erinnert aber weniger an jene der Bundesrepublik Deutschland – auch wenn in Anlehnung an das deutsche Grundgesetz die einzelnen Verfassungsgesetze in Israel Grundgesetze heißen –, als vielmehr an die amerikanischen „Amendments“, die die amerikanische Verfassung ebenso wie die Grundgesetze die Verfassung Israels ergänzen. Mit Blick auf den OGH, der gewiss viele Parallelen zum deutschen Bundesverfassungsgericht aufweist – es sei allein die Rolle der Gerichte im jeweiligen politischen Spannungsfeld erwähnt –, sei an dieser Stelle auf den Europäischen Gerichtshof verwiesen, da beide ihre Kompetenzen – gerade unter Herausbildung allgemeiner Rechtsgrundsätze zur Schaffung von Grundrechten – stets ausgebaut und sicherlich auch weiterhin ausbauen werden. Neben diesen aufgezeigten rechtsvergleichenden Aspekten wären gewiss noch viele weitere zu erwähnen, die an dieser Stelle jedoch zurücktreten.

Israel – Ein Staat mit Verfassung? Wann?

Abschließend und gewissermaßen rekurrierend stellt sich die Frage: Hat Israel nicht vielleicht doch bereits eine Verfassung? Diese Frage gehört jedoch zu den vielen Fragen, die die Harari-Resolution – womöglich ganz bewusst – offen gelassen hat.¹⁵² Denn weder wie viele Kapitel die Verfassung haben soll, noch welchen Regelungsgegenstand die einzelnen Kapitel haben sollen, oder ob es einen Vorrang der Verfassung geben soll, ist durch die Harari-Resolution geregelt worden; geschweige denn wann die Verfassungsgebung in Israel beendet, die Harari-Erfüllung folglich eingetreten ist. Somit ist die Thematik der Verfassungsentstehung in Israel weiterhin ein offenes und bis heute nicht abgeschlossenes Thema, das zudem unter den aktuellen politischen Entwicklungen auch in Zukunft besondere Bedeutung genießen sollte.

151 Vgl. Gundermann, a.a.O. (s. Fn 1), 74, 85, 93 ff.; 137 ff.

152 Vgl. Gundermann, a.a.O. (s. Fn 1), 42



IMPRESSUM

Herausgeber und Ansprechpartner:

Konrad-Adenauer-Stiftung
Auslandsbüro Israel
Rabbi Akiva Street 8
P.O.Box 7986
9107901 Jerusalem
Tel.: +972 2 567 7050
Fax.: +972 2 567 1831
E-Mail: daliah.marhoefer@kas.de

Autoren:

*Mathias Birsens
Dr. Michael Borchard
Matha Dudzinski
Veronika Faltermeier
Nadine Grzeszick
Rudolf W. Haidu
Leon Hanser
Magdalena Hermes
Patrick Jäger
Karin Kampling
Viktoria Kempf
Michael Mertes
Gunter Rieck Moncayo
Gregor Peter
Raina Schreitz
Ludwig Schulz*

Redaktion: *Daliah Marhöfer, Johanna Pohl*

Gestaltung: *Daliah Marhöfer*

JUNI 2015

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.